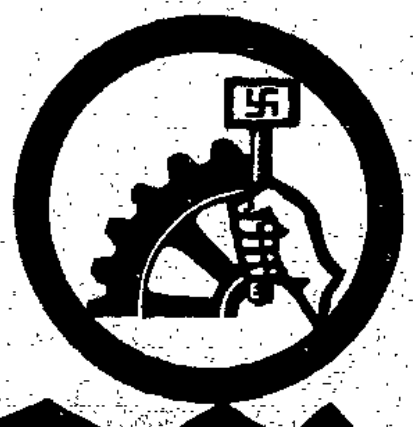


Der Deutsche Holzarbeiter



Sprachrohr des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Nr. 31 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 40 Pf., Verbandsanzeigen 25 Pf. die 8 gefaltete Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölln. Post 2 / Fernruf F 7 Jannowitz 6246

Berlin, den 5. August 1933

Vehreichte Vergleiche

Von Walter Schumann, M. d. R.
Preussischer Staatsrat, Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter und der NSD.

Die marxistischen Parteien des Auslandes bemühen sich nach wie vor und unter Ausbeutung aller nur erdenklichen Agitationsmittel, das nationalsozialistische Deutschland als „arbeiterfeindlich“ darzustellen. Wir würden über die Frage sehr gern in eine erschöpfende Debatte eintreten, wenn in den Auslassungen der marxistischen Auslandspresse wirklich bedeutungsvolle, über allgemeine Redensarten hinausgehende sachliche Vorwürfe gegen uns erhoben würden. Das ist indes nicht der Fall. Es kennzeichnet die Schwäche unserer ausländischen Gegner zur Genüge, daß man sich zum „Nachweis“ des Vorwurfes der angeblichen „Arbeiterfeindlichkeit“ des neuen Staates darauf beschränkt, längst widerlegte Greuelmeldungen in neuen Umwandlungen bis zum Überdruß konstant und boshaft zu wiederholen.

Der Nationalsozialismus und der Arbeiter

In der Tat liegt auch den marxistischen Parteien des Auslandes gar nichts daran, ernstliche Untersuchungen über die Einstellung des deutschen Nationalsozialismus zum Arbeiter und über die praktische Arbeiterpolitik Deutschlands anzustellen.

Die Internationale ist vielmehr lebhaft interessiert, jeder ernsthaften und sachlichen Debatte auszuweichen, weil sie genau weiß, daß sie hierbei den kürzeren ziehen würde. Die Agitation der Internationale gegen uns ist lediglich von dem Zwang diktiert, den offensichtlichen moralischen und tatsächlichen Zusammenbruch der Internationale und ihrer Ideenwelt vor den bisherigen Anhängern der sozialdemokratischen Parteien des Auslandes zu verheimlichen, die absolute Wertlosigkeit und Schädlichkeit der eigenen unfruchtbareren Tätigkeit zu verschleiern und, um die eigenen Parteien vor dem Druck des in der Welt ständig an Achtung und Beachtung gewinnenden Nationalsozialismus zu retten, diesen durch niedrige, unflätige Verleumdungen als „verbrecherisch“ herabzusetzen.

Jeder Mensch, der ernst genommen sein will, wird es ohne weiteres verstehen, daß wir es grundsätzlich ablehnen, den internationalen Marxisten auf dieses tiefstehende Niveau zu folgen. Wer mit uns rechten will, mag klare und im einzelnen begründete Vorwürfe erheben — wir werden antworten.

Ist das Arbeiterfeindlichkeit?

Zur Sache selbst. Ob das nationalsozialistische Deutschland „arbeiterfeindlich“ ist oder nicht, beantwortet fraglos am besten Erfolg oder Mißerfolg der nationalsozialistischen Regierungsarbeit.

Tatsache aber ist nun, daß in keinem einzigen Lande der Welt der Versuch, die ungeheure Arbeitslosennot zu überwinden, derart erfolgreich begonnen worden ist wie gerade im Deutschland der nationalen Erhebung.

Die bekannten Feststellungen des gewiß nicht gerade übermäßig freundlich gegenüberstehenden Internationalen Arbeitsamtes in Genf, die den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland als geradezu sensationell für alle Länder der Erde kennzeichnen, waren in der Tat eine eklatante Bloßstellung der gegen uns wühlenden Verleumderfront der Internationale.

Man muß einmal gegenüberhalten: Während in Deutschland im Jahre 1933 bisher

Gegen Schädlinge und Verräter

Widerruf von Einbürgerungen. — Aberkennung der Staatsangehörigkeit.

Die Reinigung unseres staatlichen und öffentlichen Lebens macht weitere Fortschritte. Eine hochbedeutsame Maßnahme in dieser Richtung ist das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli. Dieses Gesetz ist notwendig geworden, um zunächst einmal die vielen Leute wieder loszuwerden, die in den letzten Jahren „Deutsche“ geworden sind. Viele zehntausende Ostjuden und ähnliche Personen haben durch gute Beziehungen oder Geld sich die deutsche Staatsangehörigkeit „erworben“. Nach dem neuen Gesetz können die Landesbehörden die Einbürgerung dieser Personen jetzt widerrufen, wenn ihnen diese „Deutschen“ als nicht erwünscht erscheinen.

Ob eine Einbürgerung erwünscht ist oder nicht, beurteilt sich nach völkisch-nationalen Grundsätzen. Im Vordergrund stehen dabei die rassistischen, staatsbürgerlichen und kulturellen Gesichtspunkte für eine den Belangen von Reich und Volk zuträgliche Vermehrung der deutschen Bevölkerung durch Einbürgerung. Dabei sind außer Tatsachen aus der Zeit vor der Einbürgerung vor allem auch die Umstände zu berücksichtigen, die in die Zeit nach der Einbürgerung fallen.

Für den Widerruf der Einbürgerung kommen insbesondere Ostjuden in Betracht; es sei denn, daß sie auf deutscher Seite im Weltkrieg an der Front gekämpft oder sich um die deutschen Belange besonders verdient gemacht haben. Ferner wird die Einbürgerung solcher Personen widerrufen, die sich eines schweren Vergehens oder

Verbrechens schuldig gemacht oder sich sonstwie in einer dem Wohle von Staat und Volk abträglichen Weise verhalten haben.

Durch den Widerruf der Einbürgerung verlieren außer den Eingebürgerten selbst auch diejenigen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit, die sie ohne die Einbürgerung nicht erworben hätten, also auch die näheren Angehörigen der Betroffenen. Der Widerruf wird wirksam mit der Zustellung der Widerrufungsverfügung oder mit dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung im Reichsanzeiger.

Die Aktion der Reichsregierung richtet sich insbesondere gegen solche Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 vorgenommen worden sind. Bei früher Eingebürgerten kann von der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit abgesehen werden, wenn es sich um Personen handelt, die sie auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages und seiner Ausführungsabkommen ohne ihr Zutun verloren haben.

Das Gesetz richtet sich weiter gegen Reichsangehörige, die nach dem Siege der nationalsozialistischen Revolution ins Ausland gegangen sind und dort gegen das neue Deutschland mit Lug und Trug arbeiten. Ihr Verhalten verstößt gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk. Damit verlieren sie das Recht, sich Deutsche zu nennen. Der Reichsminister des Innern erhält durch das Gesetz die Möglichkeit, diesen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Das gleiche gilt für Reichsangehörige, die einer Aufforderung des

Reichsministers des Innern, nach Deutschland zurückzukehren, nicht Folge leisten.

Bei der Einleitung des Aberkennungsverfahrens oder bei Erlaß der Rückkehraufforderung kann das Vermögen jener Leute beschlagnahmt, nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit als dem Reich verfallen erklärt werden. Die Beschlagnahme des Vermögens endigt spätestens mit dem Ablauf von zwei Jahren, falls es nicht vorher als dem Reich verfallen erklärt wird.

Diese Maßnahmen der Reichsregierung mußten getroffen werden, und sie sind notwendig, denn es ist Pflicht der Reichsregierung, das deutsche Volk gegen Schädlinge und Verräter zu schützen. Deshalb findet das neue Gesetz die Zustimmung aller Deutschen. Jene ins Ausland geflohenen Auch-Deutschen haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen werden. Durch ihre Verräterarbeit gegen das neue Deutschland schädigen sie das ganze deutsche Volk, am meisten die deutsche Arbeiterschaft. Sie leidet besonders stark darunter, wenn die Boykotte gegen Deutschland einen Erfolg hat. Es ist daher grundsätzlich, wenn jene Auch-Deutschen glauben, mit ihren Lügen und Übertreibungen über die Lage in Deutschland dem deutschen arbeitenden Volk zu helfen. Das Gegenteil ist richtig, und weil so die Dinge liegen, sind solche Elemente als Volks- und Landesverräter zu betrachten und zu behandeln. Wer einen solchen Mangel an nationaler Gesinnung verrät, ist für den Ausschluß aus der deutschen Volksgemeinschaft reif.

rund 2 000 000 deutsche Arbeitnehmer wieder Arbeit, Lohn und Brot bekommen haben — über 600 000 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres! — berichten fast alle Nachbarstaaten Deutschlands, daß bei ihnen die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen ist oder gar noch zugenommen hat. Lediglich England, in dem der Marxismus keinen unmittelbaren Einfluß auf die Regierungsarbeit ausüben kann, verzeichnet einen Rückgang an Arbeitslosen von rund 180 000. Dagegen beschränkt sich der Rückgang in Polen, Frankreich usw. auf nur ganz wenige Tausend. In Dollfuß-Osterreich, wo Christlich-Soziale und Marxisten Arm in Arm die nationale Front niederzuhalten suchen, hat die Arbeitslosigkeit um die für das kleine Österreich riesige Zahl von 50 000 zugenommen. Die Tschechei, in der tschechische und „deutsche“ Marxisten gemeinsam gegen das Sudetendeutschtum wirken, verzeichnet sogar eine Zunahme von über 100 000 Erwerbslosen!

Das alles muß doch auch denjenigen auffällig sein, die uns aus außen- oder parteipolitischen Gründen ablehnend gegenüberstehen. Fragt man sich nun nach den Ursachen der Erfolge des nationalsozialistischen Deutschlands, so kann ein: vornehmlich aus der Untersuchung ausgesprochen werden: Ob nämlich die einzelnen Staaten vornehmlich Industriestaaten oder Agrarstaaten sind oder ob dieses oder jenes Land von der Goldwährung loslagte oder zum „Goldländerblock“ gehörte, ist für Erfolg oder Mißerfolg im Kampfe gegen die Erwerbslosigkeit er-

wiesenermaßen nicht entscheidend gewesen. So hat England, das sich von der Goldwährung trennte, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erzielt, während die Schweden, Dänen und Norweger, die sich in der Loslage von der Goldwährung England angeschlossen, einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit registrieren müssen. Es ist auch keine Frage, daß der Druck des krisengepeinigten Weltmarktes auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Staaten des Auslandes ziemlich gleichmäßig verteilt ist, Deutschland dagegen, das von den Tributdiktaten bis zum Weißbluten ausgeplündert ist, um ein Vielfaches in der Wiederaufbauarbeit mehr hemmt als andere Länder.

Zielbewußte soziale Arbeiterpolitik

Es handelt sich also einfach um die Frage, wo gut und wo am besten regiert wird.

Und wenn nun, wie oben zahlenmäßig bewiesen, die sensationelle Besserung der sozialen Lage der deutschen Arbeiterschaft allen Arbeitern der Erde, soweit sie die Wahrheit überhaupt erfahren, in die Augen springt, so werden sie feststellen müssen:

1. In keinem Lande der Erde wird eine so zielbewußte und geradlinige soziale Arbeiterpolitik getrieben wie im nationalsozialistischen Deutschland, das in fünf Monaten zwei Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot gab.

2. Daß viele glänzenden Erfolge Deutschlands auf die arbeiterfreundliche Regierungsarbeit, also auf die nationale Erhebung und

auf das dadurch wiederhergestellte Vertrauen der Wirtschaft auf die nationale und soziale Kraft und Stabilität der politischen Verhältnisse des geordneten nationalsozialistischen Deutschen Reiches zurückzuführen sind.

Daß also sowohl die Regierungsform als auch der Wille zu nationalsozialistischer Neugestaltung und der grundsätzlichen Ablehnung pseudodemokratischer und liberalistischer Denkmuster auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes starken Einfluß ausüben, zeigt auch ein Vergleich zwischen England und dem uns in Regierungsform und -betätigung verwandten faschistischen Italien: England hat bei 38 Millionen Einwohnern rund 2,8 Millionen Erwerbslose, das faschistische Italien bei 40 Millionen Einwohnern nur etwa 900 000.

Für die marxistischen Parteien des Auslandes und für die von ihnen beherrschte Arbeitskonferenz in Genf spielte und spielt wohl auch zukünftig das alles natürlich keine Rolle. Ausgerechnet die beiden vom Standpunkt des Arbeiters bestregirtesten Länder Deutschland und Italien waren der Gegenstand unwichtigster Verleumdung und infamster Hege.

Der deutsche Arbeiter weiß heute, wann es ihm gut geht. Nie ist es ihm schlechter gegangen, als in der Zeit, in der sein Schicksal in den Händen von Marxisten lag. In dem Augenblick des Durchbruchs der nationalsozialistischen Revolution begann sein Wiederaufstieg.

Er weiß also, daß es für sein Schicksal entscheidend ist, ob Marxisten oder Nationalsozialisten regieren.

Rundgebungen in Stuttgart und Frankfurt a. M.

In einem der größten Säle Stuttgarts fand am 25. Juli eine gut besuchte Versammlung der Stuttgarter Holzarbeiter statt. Wichtige Besprechungen hielten die Verbandsleitung in Nürnberg zurück, so daß sie erst gegen 9 Uhr in Stuttgart zur Rundgebung eintraf. Bevor der Organisationswart, Pg. Grau, zu grundsätzlichen Ausführungen über die weltanschaulichen Grundlagen der Gewerkschaften zu den Stuttgarter Holzarbeitern sprach, hatte vorher kurz der Treuhänder der Arbeit, Dr. Kimmich, das Wort über die künftige Tarifgestaltung im Holzgewerbe ergriffen.

Pg. Grau ging in seinen Ausführungen auf die Entwicklung ein, die die deutsche Arbeiterbewegung im vergangenen Jahrhundert genommen hatte. Er stellte fest, daß die deutschen Arbeiter von den anderen Schichten des deutschen Volkes in den letzten 60 Jahren durch ein übles Antreiber-system bis zum Letzten ausgebeutet wurden, und sie, als ein Großteil des deutschen Volkes, wurden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Das hat nun aufgehört. Durch die Schaffung der Arbeitsfront ist der deutsche Arbeiter wieder in die Gesamtnation eingegliedert worden, und ihm wird jetzt sein Recht werden, nämlich als Glied des deutschen Volkes, als vollwertiger Staatsbürger angesehen zu werden. Die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Sieg Heil auf den Führer Adolf Hitler, danach sang die Menge stehend das Horst-Wessel-Lied.

Anschließend an die Versammlung fand noch eine Besprechung statt mit dem Treuhänder der Arbeit, Dr. Kimmich, dem Verbandsleiter, Pg. Harpe, und dem Verbandsbezirksleiter für Südwestdeutschland,

Hornung, sowie dem Organisationswart, Pg. Grau, in der noch einmal die schwebenden Tarifverhandlungen eingehend erörtert wurden.

Am nächsten Tage ging es in schneller Fahrt nach Frankfurt, wo der Verbandsleiter und der Organisationswart über den Südwestdeutschen Rundfunk über den Sinn und den Zweck der Gewerkschaften sprachen. Vom Rundfunkhaus ging es dann sofort zum großen Saal des Frankfurter Zoologischen Gartens, wo sich die Frankfurter Holzarbeiter versammelt hatten. Nach einleitender Marschmusik ergriff Pg. Grau als erster Redner des Abends das Wort. Seine Ausführungen, die sich mit der Eingliederung der deutschen Arbeiter in die Deutsche Arbeitsfront befaßten, gipfelten in dem großen Bekenntnis: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!

Danach sprach der Verbandsleiter, Pg. Harpe. In packenden Ausführungen ging er zunächst auf die Entwicklung der Gewerkschaften ein, die sie nach Besthergreifung am 2. Mai 1933 bis heute genommen haben. Er behandelte dann ausführlich, welche Bedeutung den Gewerkschaften im nationalsozialistischen Staat beizumessen sei. „Sie sind das große wirtschaftliche Instrument der deutschen Arbeiter, die ihre Rechte im zu schaffenden Ständeparlament vertreten wird.“ Der Schluß seiner Ausführungen war ein flammenendes Bekenntnis zum Deutschen Staat und zur deutschen Arbeiterschaft. Starker Beifall dankte dem Verbandsleiter für seine Ausführungen. Nach dem Sieg Heil auf den Führer Adolf Hitler sang die Menge das Deutschlandlied.

Ehestandsdarlehen Auch an Arbeitslose und Verheiratete

Die Gewährung eines Ehestandsdarlehens war bisher unter anderem davon abhängig, daß die künftige Ehefrau in der Zeit zwischen dem 1. Juni 1931 und dem 31. Mai 1933 mindestens sechs Monate lang in einem Arbeitnehmerverhältnis gestanden hat und sich verpflichtete, eine Tätigkeit als Arbeitnehmerin solange nicht wiederaufzunehmen, als der künftige Ehemann monatlich mehr als 125 Mk. Arbeitslohn bezieht und das Ehestandsdarlehen nicht restlos getilgt ist.

Nun sind dem Schöpfer des Ehestandsdarlehens, Staatssekretär Reinhardt, zahlreiche Briefe von deutschen Mädchen zugegangen, die berichten, daß auch sie gern heiraten möchten, das Ehestandsdarlehen jedoch nicht erhalten könnten, weil sie entweder bereits länger als zwei Jahre arbeitslos seien oder schon einige Monate vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Förderung der Eheschließungen geheiratet hätten. Der künftige Ehemann sei vorhanden, es fehle jedoch an den Mitteln zur Beschaffung einer Wohnungseinrichtung.

Die Wünsche dieser jungen Mädchen werden erfüllt durch eine zweite Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen. In dieser wird bestimmt, daß Ehestandsdarlehen auch dann gewährt werden, wenn das mindestens sechsmonatige Arbeitnehmerverhältnis der künftigen Ehefrau ganz oder teilweise in die Zeit zwischen dem 1. Juni 1928 und dem 31. Mai 1933 fällt.

Die Voraussetzung für die Gewährung eines Ehestandsdarlehens ist auch dann gegeben, wenn die Ehe in der Zeit vom 1. Juni 1932 und 3. Juni 1933 geschlossen worden ist, die Ehefrau noch in einem Arbeitnehmerverhältnis steht, das bereits mindestens 6 Monate währt,

und dieses Arbeitnehmerverhältnis vor der Auszahlung des beantragten Ehestandsdarlehens aufgibt.

Die Gewährung eines Ehestandsdarlehens wird verweigert, wenn einer der beiden Ehegatten zur Zeit der Antragstellung an Infektionskrankheiten oder sonstigen das Leben bedrohenden Krankheiten leidet. Das Nichtvorhandensein solcher Krankheiten muß durch das Zeugnis eines beamteten Arztes bestätigt werden. Die Untersuchung und die Ausstellung der Zeugnisse sind für die Ehegatten kostenfrei.

Mit dieser Ergänzung des Gesetzes über Ehestandsdarlehen kommt die Reichsregierung den Wünschen vieler Zehntausende oder auch Hunderttausende junger Menschenpaare entgegen. Es ist diesen jetzt die Möglichkeit gegeben, den schon längst ersehnten Schritt in den Ehestand zu machen oder neue Einrichtungsgegenstände für die bereits vorhandene Wohnung anzuschaffen.

Nach sechs Monaten Der Weg der deutschen Revolution

„In diesen sechs Monaten ist in Deutschland Geschichte gemacht worden.“ Adolf Hitler, am 16. Juli 1933 in Leipzig.

Sechs Monate sind vergangen seit jenem denkwürdigen Ereignis, das die Schwüle der deutschen innerpolitischen Lage plötzlich klärte, seit dem Tage, an dem zum ersten Male die braunen Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung durch das Brandenburger Tor zogen und in ganz Deutschland die nationalsozialistischen Millionen in tausendfachen Fackelzügen in nächtlicher Stunde ihrem großen Führer, dem neuen Kanzler des Reiches, ihr Vertrauen und ihre in den Jahren des gigantischen Kampfes um die Macht hart erprobte Gefolgschaftstreue an den Beginn seiner Regierungstätigkeit setzten.

Jener 30. Januar 1933 steht am Anfang einer gewaltigen historischen Entwicklung, er ist der Beginn der nationalsozialistischen Revolution, die in wenigen Monaten dem deutschen Volk und Staat ein völlig neues Gesicht gegeben hat.

Die Weltgeschichte kennt kein Beispiel einer Revolution, die in derart kurzer Zeit derart grundlegende Umwälzungen an der Nation durchgeführt, einen alten Staat von Grund auf beseitigt und ein so organisches Neugebilde an seine Stelle gesetzt hat, wie das seit dem 30. Januar in Deutschland der Fall gewesen ist.

Die nationalsozialistische Revolution war kein planloses Abenteuerstück, sondern sie war ein organisch aufgebautes, strategisch durchdachtes gewaltiges Feldzug eines ganzen Volkes. Ihr genialer Feldherr war Adolf Hitler, ihre Armee die von ihm aufgebaute nationalsozialistische Bewegung, die — gewohnt im Willen des Führers das höchste Gesetz ihres Handelns zu sehen — als gewaltiges Werkzeug in der Hand Adolf Hitlers gerade in diesen vergangenen Monaten ihre in der nationalsozialistischen Weltanschauung zutiefst verankerte beispiellose Geschlossenheit und innere Kraft der ganzen Welt offenbarte.

Auf diesen beiden Faktoren, der Genialität des Führers und der Treue und Kraft seiner Gefolgschaft, beruht der überwältigende Sieg, den diese Revolution heute auf ihre Fahnen schreiben kann.

Es ist ein Zeichen der organischen Gesetzmäßigkeit, von der die Entwicklung in Deutschland in diesen Monaten der Revolution geleitet war, daß sich heute bereits in voller Klarheit die wesentlichen Züge des Ablaufes dieser deutschen Revolution fundamental aus der Vielzahl der Ereignisse abzeichnen: Schritt für Schritt — mit fast mathematischer Präzision — wurde der deutsche Staat von der nationalsozialistischen Bewegung in Besitz genommen und das deutsche Volk aus tausendfältiger Zersplitterung zu einer neuen Nation geformt.

In drei große Etappen gliedert sich die Entwicklung der deutschen Revolution vom 30. Januar bis heute: Der Einsatz der nationalsozialistischen Bewegung galt zuerst der Fundierung der Regierungsgewalt, die der Sinn der Wahl des 5. März war, sowie der inneren Einigung der Nation, in deren Zeichen die Beseitigung aller der unser Volk zerreißenden künstlich aufgerichteten Gegensätze stand. Der Aufbruch des nationalsozialistischen Staates, der nach dem Zusammenbruch der Parteien-Lafache gemorden ist, bildet den Abschluß des Werkes.

Selmut Cändermann

Vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Eine der ersten Taten der Regierung Hitler im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit war die Einführung der Landhilfe. Mit ihr werden zwei Ziele verfolgt: Unterbringung von Arbeitslosen in der Landwirtschaft und Hilfe für bäuerliche Betriebe. Sie kommt gemäß den Erlassen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung nur für Landwirtschaftsbetriebe mit höchstens bis 40 Hektar genutzter Fläche in Frage. Das sind solche Bauernhöfe, die in der Hauptsache nur mit Familienmitgliedern arbeiten. Sie könnten zwar zahlreiche fremde Arbeitskräfte gebrauchen, sie können aber keine einstellen, weil ihnen die Mittel für die Lohnzahlung fehlen. Auf der anderen Seite werden möglichst viele hunderttausend Arbeitslose gern in der Landwirtschaft arbeiten, sie finden aber keine Arbeitsstelle.

Durch die Einführung der Landhilfe wird beiden geholfen. Damit der Bauer fremde Arbeitskräfte mehr als bisher beschäftigen kann, erhält er aus der Landhilfe für jeden männlichen Helfer 25 Mk. und für jeden weiblichen Helfer 20 Mk. im Monat. Voraussetzung dabei ist selbstverständlich, daß es sich um „zusätzliche“ Arbeitskräfte handeln muß, das heißt, durch die Beschäftigung von Landhelfern dürfen andere freie Arbeitskräfte nicht verdrängt werden, sondern der Bauer muß jetzt mehr fremde Personen beschäftigen, als es sonst üblich war. Der Bauer hat dem Landhelfer neben freier Kost und Wohnung die für Landarbeiter ortsübliche Vergütung zu zahlen; die Arbeitsbedingungen müssen schriftlich vereinbart sein.

Ursprünglich hatte man gehofft, durch die Landhilfe etwa 60.000 Arbeitslose unterbringen zu können. Die Nachfrage nach Landhelfern war jedoch so groß, daß bisher schon 120.000 Arbeitslose als Landhelfer vermittelt werden konnten. Es ist damit zu rechnen, daß ihre Zahl demnächst auf etwa 200.000 steigen wird, denn die Nachfrage nach Landhelfern und besonders nach Helferinnen wächst ständig, während andererseits aus den Reihen der jugendlichen Erwerbslosen eine Fülle von Bewerberinnen vorliegt.

Nach Lage der Dinge scheint es sehr wahrscheinlich, daß ein erheblicher Teil der Landhelfer erst den Winter über auf dem Lande bleiben kann. Da dies im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes liegt, wird erwoogen, um besonderen Treuprämien für die jugendlichen und Inhaberinnen für den dauernden Verbleiben der Landhelfer auf dem Lande über den Sommer hinaus zu fördern.

Was geschah in dieser Woche

Ostpreußen nahezu frei von Arbeitslosen

Am Sonntag, dem 30. Juli, ist mit Ausnahme der Städte Königsberg und Elbing die gesamte Provinz Ostpreußen frei von Arbeitslosen. Auch in beiden genannten Städten schreitet der umfassend angelegte Kampf gegen die Erwerbslosigkeit rüstig und erfolgreich vorwärts.

Heuschrecken am gelben Fluß

Wie das chinesische Landwirtschaftsministerium mitteilt, sind weite Gebiete Chinas, vor allem die Landstrecken am gelben Fluß, die erst kürzlich von einer riesigen Wasserlatastrophe heimgesucht wurden, jetzt durch gewaltige Heuschreckenschwärme befallen worden. Die Felder sind vernichtet, die Ernte ist zerstört und über 65 Millionen chinesischer Bauern sind ohne Nahrung und Lebensmittel. Die chinesische Regierung hat umfangreiche Hilfsmassnahmen zur Abwendung des drohenden Hungertodes der vielen Millionen Bauern getroffen.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös in Rom

Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös in Rom hat die ausländische Presse auf das lebhafteste beschäftigt. Besonders heunrubigt sind die Franzosen gewesen, die in ihrer fast hysterischen Sorge um die Aufrechterhaltung der von Versailles und dem Völkerbund gegründeten Vorkherrschaft in Europa bereits davon sprechen, daß nicht mehr Paris, sondern Rom der diplomatische Mittelpunkt Europas geworden sei.

Todes- und Zuchthausstrafe gegen Kommunisten

Begen eines am 31. Januar d. J. im Stadtteil Wilhelmshagen verübten Feuerüberfalls auf Stahlhelmer verurteilte das Sondergericht den Väter Eduard Hoge wegen Mordjahrsstrafe beim Landfriedensbruch zu neun Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den Arbeiter Richard Kampenau wegen versuchten Mordes zum Tode.

Reichskanzler Adolf Hitler bei den Turnern in Stuttgart

Das große Sportfest der Deutschen Turnerschaft, das in der vergangenen Woche in Stuttgart stattfand, erreichte am Sonntag, dem 30. Juli, mit dem großen Aufmarsch unter Beteiligung der Reichsregierung seinen Höhe-

punkt. Wohl noch nie hat sich eine Regierung so vollkommen für die Sache der Leibesübungen eingesetzt. Über 400.000 Menschen hatten sich versammelt, um die Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler zu hören.

Weitere 4 Millionen für Kleinrentnerfürsorge

Aus den Mitteln, die im Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1933 zur Beteiligung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge vorgesehen sind, ist ein weiterer Betrag von 4 Millionen Mark auf die Länder verteilt worden.

Die Jugendgruppen des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien aufgelöst

Auf Grund einer Verfügung der Rattowitzer Polizeidirektion, die sich auf ein neues polnisches Gesetz stützt, sind vor einigen Tagen die Jugendgruppen des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden. Die Jugendstellen beim Volksbund wurden geschlossen. Das Aktenmaterial sowie das vorhandene Geld wurden beschlagnahmt. Die polnische Presse hat dies lebhaft begrüßt, und die polnischen Zeitungen behaupten, daß diese Organisation eine nationalsozialistische Vorstoßtruppe des Volksbundes dargestellt habe. Diese Behauptungen sind jedoch völlig unwahr. Die Volksbundjugend war eine lokale, völlig unpolitische Organisation, die sich lediglich mit kulturellen Dingen befaßte.

„Der Deutsche“

Der Vertreter aller berufs- und werktätigen Deutschen. Das Sprachrohr der Deutschen Arbeitsfront

„Der Deutsche“

Einst und jetzt

Vom Verhandeln zum Handeln

In der Weimarer Republik erfolgte die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nach dem Motto: „Warum denn einfach machen, wenn es kompliziert auch geht.“

Alles war so schön ausgedacht: Zuerst kam der Schreibbrief mit der Kündigung des alten Tarifvertrages und der Anmeldung der neuen Lohnforderung, dann die verschiedenen Mitgliederversammlungen auf beiden Seiten, die häufigen Tarifverhandlungen der beiden Kontrahenten, die stundenlangen Beratungen der Tarifkommissionen, und nach wochenlangen Streitigkeiten stand dann in den Tageszeitungen zu lesen, daß die Tarifverhandlungen sich leider zerschlagen hätten und daß die Angelegenheit dem behördlichen Schlichter zugeleitet sei.

Nun kamen also Schriftsätze an den Schlichter, möglichst umfangreich natürlich, und endlich traf man sich am festgesetzten Termin vor dem Schlichter mit den Beisitzern wieder. Was man in Versammlungen, in Sitzungen, in Verhandlungen schon x-mal durchgesprochen hatte, wurde nochmals in aller Breite und „wohlüberdacht“ vorgelesen. Wiesen die einen nach, daß die Arbeiter dem Elend anheimfielen, wenn nicht unbedingt um soundso viel vom Hundert der Lohn erhöht würde, so legten die anderen mit „unwiderleglichem“ Zahlenmaterial dar, daß mit absoluter Sicherheit der katastrophale Zusammenbruch ihrer Industrie, des Handwerks, des Gewerbes erfolgen müsse, wenn die Löhne nicht abgebaut würden.

Was tat der Schlichter?

Der Schlichter begann seine Arbeit: Den einen empfahl er, von ihren Forderungen etwas herunterzugehen, denn die Industrie oder das Handwerk stehe tatsächlich nicht gerade glänzend da. Den anderen legte er väterlich ans Herz, es sich doch reichlich zu überlegen, ob ein Lohnabbau tragbar sei, der Lebenshaltungsindex sei immerhin gestiegen und was dergleichen Redensarten mehr sind. Nach stundenlangem, manchmal nach tagelangem Reden kam dann der „Schiedsspruch“ heraus, den die streitenden Parteien gewöhnlich schon vorher kannten, die Beisitzer waren doch Beauftragte von ihnen. Als Schlusssatz hatte der Schiedsspruch die Bemerkung, daß die Parteien am soundsovielekten Tage bekanntzugeben hätten, ob sie den Spruch annehmen oder nicht! So was nannte sich also Schiedsspruch. Es war ein richtiges Theater!

Damit war die Sache aber nicht aus. Zunächst bespitzelte man sich eifrig, ob die anderen den Spruch annahmen oder ablehnten; nahmen die einen an, so lehnten in 90 von 100 Fällen die anderen ab. Das mußte so sein, das brauchte man. Lehnten die Arbeiter ab, so schrien die anderen von der Unerfälligkeit der Gewerkschaften und ihrem eigenen guten Willen. Lehnten diese ab, so brüllten jene von der Brutalität des Kapitalismus und lobten ihre eigene Einsicht. Und so blieb die Volksseele immer hübsch im Kochen.

Es kam dann der Gang zum Landes-schlichter mit dem gleichen Verlauf wie beim Schlichter. Wieder Spruch, Erklärung, später Antrag auf Verbindlicherklärung des Spruches von den einen, von den anderen Ablehnungs-

antrag. Es folgten noch die verschiedenen Mitgliederversammlungen, in denen die jeweiligen Syndizi und Gewerkschaftssekretäre den unerhörten, erbitterten Kampf um die Erhaltung einer geordneten Wirtschaft — oder um das Lebensrecht des Arbeiters in glänzenden Farben malten, wobei sie nicht versäumten, ihre Unentbehrlichkeit als selbstverständlich hinzustellen.

Offiziell hieß dieses Schlichtungswesen: Befriedung der Wirtschaft. In Wirklichkeit war es eine Einrichtung, die wie keine andere geeignet war, den Klassenkampfgedanken immer tiefer zu verlagern.

Selbstverständlich versäumte man nie, die Gewerkschaften als die unentbehrlichen Träger des Tarifvertrages zu bezeichnen. Eine Festlegung des Lohnes, eine Bestimmung der Arbeitsverhältnisse ohne Gewerkschaft ist unmöglich, so sagte man dem Arbeiter. Und er glaubte es.

Und wie ist es heute?

Man ladet ihn nicht mehr ein zu Versammlungen, in denen er über den Verlauf der Tarifverhandlungen unterrichtet werden soll, kein Mensch fordert ihn mehr auf, seine Stimme abzugeben, ob er mit dem Tarif einverstanden ist oder nicht, er liebt überhaupt nichts mehr von Tarifverhandlungen, und merkwürdig, sein Lohn wird nicht gesenkt, obwohl doch die Nazis jetzt am Ruder sind, von denen ihm seine Gewerkschaftssekretäre erzählt haben, daß sie ihm alles nehmen werden, wenn sie drankommen.

In seinem Arbeitsverhältnis wird nichts verschlechtert, im Gegenteil, in ihm wird das Gefühl immer stärker, daß seine Existenz viel gesicherter ist als je zuvor.

Die Entscheidung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse liegt nicht mehr bei den Gewerkschaftssekretären und den Unternehmenssyndizi, auch nicht mehr bei den Schlichtern, jetzt entscheiden die Treuhänder der Arbeit. Sie entscheiden, wie der Treuhänder für Berlin und Brandenburg, Johann Engel, kürzlich in einer Presseveranstaltung sagte, nach dem Grundsatz: „Jedem das Seine! Ein nationalsozialistischer Schiedsspruch ist ein Spruch von absoluter Gerechtigkeit, und was er festlegt, das gilt.“

Die Arbeit der Treuhänder

Der Treuhänder der Arbeit ist weder ein „Interessenvertreter“ der Arbeiter noch ein „Interessenvertreter“ der Unternehmer; sondern seine Aufgabe ist, im Interesse des ganzen Volkes die Betriebe zu überwachen und nichts zu dulden, was der Gesamtheit Schaden bringen kann. Deshalb wird er immer darum besorgt sein, daß die Kaufkraft nicht weiter geschwächt wird durch ungerechtfertigten Lohnabbau, er wird ein scharfes Augenmerk darauf haben, daß nicht weiter Personalabbau getrieben wird. Er wird auch nicht dulden, daß die Wirtschaft durch Ausperrung und Streik in Unruhe versetzt wird.

Die kurze Zeit, da die Treuhänder der Arbeit am Werke sind, hat schon gezeigt, welcher Unterschied besteht zwischen dem vom verantwortungsbewußten Führer geleiteten Staat und dem der Weimarer Demokratie. Wer muß da nicht lachen, wenn er zurückdenkt an die Zeiten, da die „Führer“ gekuhandelt haben, und wenn er nun sieht, wie jetzt gehandelt wird.

Kameradschaft, Volksverbundenheit und Volksgemeinschaft befeelten alle diese Rundgebungen, was beweist, daß unter den Einwirkungen der nationalsozialistischen Revolution und mit der Bildung der Deutschen Arbeitsfront ein neuer Geist in unser deutsches Volk eingeblasen ist.

Die Führer haben es abgelehnt, den Massen große Versprechungen zu machen. Dr. Ley als Führer der Deutschen Arbeitsfront betonte im Gegenteil immer wieder, daß er nicht gekommen sei, den Arbeitern das Paradies auf Erden zu versprechen, sondern von ihnen Opfer für das deutsche Volk und für den deutschen Staat fordern müsse. Das Leben wird ein ewiger Kampf sein, Kampf um die Existenz, Kampf um das Volk, Kampf um die Nation, um die Arbeit und die Familie. Das Leben reißt sich zusammen aus Kampf und Opfern.

An diesen Kämpfen teilzunehmen, ist wahrer deutscher Sozialismus, ist Sozialismus der Kameradschaft, der Schicksalsgemeinschaft, der Treue, der Disziplin und des Opferfinns. Ein deutscher Arbeitnehmer, der in diesem Sinn erzogen wird und sich mit ganzem Herzen und freudigen Gemüts zu dieser Anschauung bekennt, ist nicht mehr der Proletarier, zu den ihn der Marxismus herabwürdigen wollte, sondern er ist der Herrenmensch der neuen Zeit. Arbeiter sein heißt darum im nationalsozialistischen Staat nicht weniger sein als andere, sondern deutscher Arbeiter sein heißt mehr sein als andere, und was das bedeutet, ist am deutlichsten zu erkennen in den Worten eines Führers, der in einer Rundgebung den anwesenden Arbeitern erklärte: „Adolf Hitler ist für uns der erste, der beste, der fleißigste und ehrlichste deutsche Arbeiter; denn seine Arbeit gibt erst allen anderen wieder Arbeit und Brot.“

Auflösung der Schlichterdienststellen Treuhänder der Arbeit

Die Reichsregierung hat die Schlichterdienststellen mit Wirkung vom 1. Juli 1933 an aufgehoben. Damit sind alle Aufgaben, die in das Gebiet der früheren Schlichter fielen, nunmehr auf die Treuhänder der Arbeit übergegangen. Sie regeln insbesondere die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen, freilich in anderer Weise, als das bisher geschehen ist.

Den Schlichtungsausschüssen bleiben im wesentlichen noch die endgültige Entscheidung von Streitigkeiten über die Gestaltung von Arbeitsordnungen und die Hilfeleistung beim Abschluß von Betriebsvereinbarungen. Dies geschieht in Form von Schiedssprüchen, über deren Verbindlichkeit Erklärung nunmehr der Treuhänder der Arbeit zu entscheiden hat.

Zur Förderung der Volksgemeinschaft Ein neuntes Volksschuljahr

Der Ankündigung des preussischen Kultusministers Ruft, daß er die Einführung eines neunten Volksschuljahres zur Förderung der Volksgemeinschaft zwischen Stadt und Land erstrebe, scheint die Tat auf dem Fuße zu folgen. Wie berichtet wird, sind bereits Vorbereitungen getroffen, um im Jahre 1934 ein neuntes Volksschuljahr als sogenanntes Landjahr einzuführen.

Im Sinne des nationalsozialistischen Grundgesetzes der Verbindung von Blut und Boden soll die deutsche Jugend in diesem neunten Schuljahr auf das Land gebracht werden, wo sie in enger Verbundenheit zur Heimat, zum Land und Boden körperlich und geistig weiter ertüchtigt werden kann. Es wird auf diese Weise für den Volksschüler eine ganz neue Art der Abschlussprüfung getroffen, die zugleich auch die Umstellung auf die Siedlung und andere neustaatliche Gebiete vorbereitet.

Für das Landjahr werden voraussichtlich zunächst die Kinder aus den Städten mit über 25 000 Einwohnern in Frage kommen. Es handelt sich hier um etwa 220 000 Volksschüler. Die Kostenfrage ist noch nicht völlig geklärt, nur so viel steht fest, daß aus der Unterbringung der Kinder auf dem Lande weder den Eltern noch dem Staate größere Kosten erwachsen dürfen. Der Kostenanteil der Eltern dürfte vielleicht 5 Mk. im Monat betragen; doch schweben darüber noch nähere Erhebungen und Feststellungen.

Einstweilige Zurückstellung des ständischen Aufbaus

Die Beratungen über den ständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft haben dazu geführt, daß einzelne Verbände und Persönlichkeiten Maßnahmen ergriffen haben, die eine organische Gliederung der Stände zu gefährden geeignet sind. Es hat sich herausgestellt, daß es in dieser Beziehung noch an der richtigen Auffassung fehlt. Falsche Maßnahmen einerseits und Beanspruchung maßgebender Persönlichkeiten mit diesen Fragen auf Kosten des dringenderen Einsatzes aller Kräfte für die Arbeitsbeschaffung haben nun den Führer veranlaßt, die Angelegenheit einstweilen zurückzustellen.

Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers sollen alle Arbeiten auf dem Gebiete des ständischen Aufbaus, auf die man zu gegebener Zeit zurückkommen wird, zunächst eingestellt werden.

Auch der Deutsche Industrie- und Handelstag hat von einer Einberufung seines unlängst gebildeten Ständischen Ausschusses bis auf weiteres Abstand genommen und dafür um so intensiver die Arbeiten in seinem Ausschuss für Arbeitsbeschaffung aufgenommen. Er hat auch die Industrie- und Handelskammern ersucht, dafür zu sorgen, daß die Erörterungen über den ständischen Aufbau zunächst zurückgestellt werden und auch bei den Kammern die Arbeitsbeschaffung in den Mittelpunkt aller Tätigkeit gestellt wird.

Die Arbeitslosigkeit geht zurück Starke Konjunkturbelebung

Die deutsche Wirtschaftslage hat sich in den letzten Monaten wesentlich mehr gebessert, als erwartet wurde. Noch in den ersten Wochen dieses Jahres rechnete man allgemein damit, daß die Krise in vollem Umfange noch das ganze Jahr über anhalten würde. Diese Befürchtung war grundlos, wie die Entwicklung seither bewiesen hat.

Die Aufwärtsentwicklung hat fast alle Wirtschaftszweige erfaßt, überall hat die Arbeitslosigkeit spürbar abgenommen. In den Industriebetrieben hat sich die Zahl der besetzten Arbeitsplätze auf 46,4 Prozent der Kapazität erhöht. Das war im Juni; im Juli ist eine weitere Besserung der Geschäftslage eingetreten. Die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten ist nach der Statistik der Krankenkasse von 11,5 Millionen im Januar auf 13,2 Millionen im Mai gestiegen. Für die folgenden Monate liegen abschließende Zahlen noch nicht vor, auf Grund vorläufiger Berechnung kann man jedoch annehmen, daß die Gesamtzunahme der Beschäftigten von Januar bis jetzt an die zwei Millionen heranreicht.

Diese Beschäftigungszunahme geht in der Hauptsache auf drei Ursachen zurück: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, konjunkturelle Mehrbeschäftigung durch Belebung der Unternehmertätigkeit, jahreszeitlich bedingte Arbeitsmarktentlastung.

Von den rund zwei Millionen Arbeitskräften, die in den letzten sechs Monaten eingestellt wurden, verdanken etwa 300 000 ihre Beschäftigung allein den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, der Reichsbahn und der Reichspost. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bisher erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der für Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Mittel bereitgestellt worden ist. Der größere Teil soll erst in den nächsten Monaten ausgeschüttet werden. Bei diesen 300 000 Arbeitskräften sind diejenigen nicht berücksichtigt, die durch die Aufträge der Länder, Gemeinden und anderer öffentlichen Körperschaften sowie durch die allmählich wiedererwachende Privatinitiative eine Beschäftigung gefunden haben.

Der Kampf der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit beschränkt sich nicht darauf, durch unmittelbare Aufträge der öffentlichen Hand einigen Industriezweigen neuen Abfluß zu verschaffen. Vielmehr wird durch ein ausgedehntes System von Maßnahmen, wie Steuererleichterungen, Bestanddarlehen und Bedarfsdeckungsscheine, Zuschüsse für verschiedene Wirtschaftszweige, der Spielraum erweitert, der dem privaten Unternehmer für seine Beschäftigungspläne zur Verfügung steht. Schon jetzt haben diese Maßnahmen in ihrer Gesamtheit den Arbeitsmarkt wesentlich entlastet, obwohl diese vielfach erst am Anfang ihrer Durchführung stehen.

Die Deutsche Arbeitsfront marschiert! Volksverbundenheit und Volksgemeinschaft

Erst drei Monate ist es her, seitdem die Deutsche Arbeitsfront gebildet wurde, und heute beherrscht sie bereits das Denken und Fühlen der ganzen deutschen Arbeitswelt. Im Lager der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist die unter der Schirmherrschaft Adolf Hitlers stehende Neuordnung der Verbände beendet, bei den Unternehmern ist sie in vollem Gange. Alle jene, die ihrem Berufs- oder Industrieverband bisher noch fernstanden, suchen jetzt Anschluß, reißen sich in das Heer der für ein neues Deutschland kämpfenden Männer und Frauen ein. Der Aufbruch des deutschen Arbeitsmenschen hat begonnen und wird nicht eher zum Stillstand kommen,

bis die hohen und heiligen Ziele der Deutschen Arbeitsfront erreicht sind.

Der Werbefeldzug der Führer der Deutschen Arbeitsfront findet überall den denkbar besten Anklang. Solche gewaltigen Kundgebungen hat Deutschland früher nicht erlebt, wie sie die Deutsche Arbeitsfront in den letzten Wochen abgehalten hat. Nur ein paar Beispiele: In Stettin 60 000, in Nürnberg 100 000, in Köln 150 000, in Hamburg und Leipzig je 400 000, in Breslau 500 000 Teilnehmer. Auch die übrigen Bezugsanstaltungen wiesen einen Massenbesuch auf. Fast 2 1/2 Millionen deutsche Arbeitsmenschen haben in diesen Tagen ihre Führer gesehen und gehört. Eine Welle der Begeisterung ging durch die Reihen der Teilnehmer: Arbeiter, Angestellten, Beamten, Unternehmer, Volksgenossen aller Stände,

SCHWARZES BRETT

Zur Lohnregelung im Tischlergewerbe

Der Reichsverband des deutschen Tischlergewerbes, Sitz Berlin, hat heute nach einer Verhandlung mit der Leitung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erklärt, daß er seine Landesverbände angewiesen hat, unverzüglich mit den Bezirksverbänden des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zwecks Lohnregelung im Sinne der Vereinbarung vom 20. Juli 1933 (Nr. 30 der Zeitung „Der Deutsche Holzarbeiter“, Sprachrohr des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes) in Verbindung zu treten und dieselbe beim bezirkslichen Zrenthänder der Arbeit für rechtsverbindlich erklären zu lassen. Wir weisen unsere Bezirks- und Landesverbände hierdurch an, entsprechend dieser zentralen Vereinbarung zu handeln. Die verbindliche Festsetzung der Löhne für beide Teile muß bis Ende nächster Woche erfolgt sein.

Berlin, den 29. Juli 1933.

Deutscher Holzarbeiter-Verband,
Verbandsleitung:
gez. G r a u, Organisationswart.

Reichsverband des deutschen Tischlergewerbes,
Sitz Berlin:
gez. S e i n z e, gez. D r. W e b e r.

Betr. ist Abrechnung Juli

Der Monatsabrechnung müssen sämtliche Quittungen über die für die Hauptkasse verrechneten Beträge beigelegt werden.

Die Quittungen für die Lokalkasse sind am Ort aufzubewahren.

Das Beitrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche und jugendliche Mitglieder (unter 18 Jahren) 25 Pf. und für Lehrlinge 10 Pf.

Arbeitslose zahlen 10 Pf. Erwerbslosenmarken als Unkostenbeitrag für Zeitung usw.

Um viele Anträgen zu vermeiden, bitten wir, sämtliche Anordnungen zu beachten und weitere Anweisungen abzuwarten.

Alle am Ort befindlichen unausgefertigten Mitgliedskarten sind einzusenden, da nach Einfindung der Aufnahmescheine die Ausfertigung der Mitgliedskarten durch die Verbandsleitung erfolgt.

Alle Neuaufnahmen, zugereifte und übergetretene Mitglieder sind mit den notwen-

gen Angaben auf der dritten, die Abgänge auf der zweiten Seite des Abrechnungsformulars einzutragen.

Wir geben bekannt, daß die Zahlung der ehemaligen Orts- und Kartellbeiträge für die früheren Ortsausschüsse des DGB ab 1. Juli 1933 eingestellt wird. Eventuelle rückständige Orts- und Kartellbeiträge sind nach Möglichkeit abzuführen, da sonst die ordnungsmäßige Abwicklung der Ortsausschüsse des DGB nicht gewährleistet ist.

Wichtig, Verbandsortsgruppen! Wer hat Anrecht auf Verbandsinvalidenunterstützung

Für die Invalidenunterstützung sind auf jeden Fall 700 geklebte Beitragsmarken notwendig. Der Antragsteller muß ferner Beziehung einer staatlichen Rente sein. (Invalidenrente, Angestelltenrente oder Unfallrente bei 66% Prozent Erwerbsunfähigkeit.) Wird die Rente gewährt, weil der Empfänger die Altersgrenze erreicht hat, so muß der Nachweis einer 66%prozentigen Erwerbsunfähigkeit geführt werden. Das geschieht durch Zeugnissen eines ärztlichen Attestes oder Bescheinigung der Erwerbsunfähigkeit durch die Verbandsortsgruppe auf der Rückseite des Antragbogens unter Frage 11.

Es sind einzureichen:

- Borgedruckter Antragsbogen,
- Mitgliedsbuch,
- Rentenbescheid,
- wenn nötig, ärztliches Attest.

Die Möglichkeit, Mitgliedern nach 15jähriger Mitgliedschaft, ohne daß sie 700 Beiträge entrichtet haben, die Verbandsinvalidenunterstützung zu gewähren, besteht nicht (siehe Mitteilungen des Vorstandes Nr. 11/1931).

Zur Beachtung bei Sterbefällen!

Sterbefallunterstützung darf nur nach vorheriger Genehmigung der Verbandsleitung ausgezahlt werden.

Es sind einzureichen:

- Borgedruckter Antragsbogen,
- Mitgliedsbuch.

Das Einreichen der Sterbeurkunde ist nicht notwendig, es genügt, wenn die Verbandsortsgruppenleitung durch Einsichtnahme Kenntnis von dem Todesfall genommen hat.

völlig frei von Arbeitslosigkeit, mit unerhörtem Tempo wird in dieser wirtschaftlich so bedrohten Provinz die Arbeitslosigkeit vernichtet. Die Meldungen aus Ostpreußen werden ergänzt durch Meldungen aus allen Teilen der deutschen Wirtschaft.

Diese Siegesmeldungen aus der Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit, dem gigantischen Wirtschaftskampf, den Deutschland jemals geführt hat, finden im Volke gewaltigen Widerhall.

Zum ersten Male ist eine wirkliche Arbeitsbeschaffung Tatsache geworden, zum ersten Male tritt in das stumpfe Dunkel der deutschen Not das helle Licht neuer Hoffnung, überall beginnt das Räderwerk der deutschen Wirtschaft langsam wieder seine Arbeit aufzunehmen.

Die Siegesmeldungen werden der Nation ein gewaltiger Ansporn sein, weiterhin alle Kräfte zu sammeln und einzusetzen, um unter der genialen Führung Adolf Hitlers in dieser riesigen Durchbruchschlacht die Not und die Arbeitslosigkeit dereinst endgültig zu besiegen.

Das in der historischen Revolution der letzten sechs Monate aufgebaute neue Deutschland wird in dieser Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit, die so erfolgreich begonnen worden ist, zeigen, was die geeinte deutsche Nation unter Adolf Hitlers Führung zu vollbringen vermag, wird zeigen, daß diese Revolution wirklich der Anbeginn eines neuen Lebens des deutschen Volkes war.

Zur Reform der Unfallversicherung

Der Unfallschutz ist ein wichtiges Gebiet der Sozialpolitik. In den Betrieben und auf sonstigen Arbeitsstellen verunglücken täglich einige tausend Volksgenossen; teils handelt es sich um leichte, aber sehr oft auch um schwere Unfälle. Im letzten Jahre starben 5017 Arbeiter den Unfalltod; auf den Tag sind das durchschnittlich 14 Opfer der Arbeit. Die Organisierung und Durchführung des Unfallschutzes ist die Aufgabe der Berufsvereine. Die Organisierung und Durchführung des Unfallschutzes ist die Aufgabe der Berufsvereine. Die Organisierung und Durchführung des Unfallschutzes ist die Aufgabe der Berufsvereine.

Zunächst wird zu prüfen sein, ob nicht eine kräftige Zusammenlegung der jetzt vorhandenen Berufsvereine möglich ist. Wir brauchen keine 68 Berufsvereine, selbst die Hälfte davon wäre noch zu viel. Und dann müssen so wie Unternehmer und Arbeiter in der Deutschen Arbeitsfront zusammengefaßt sind, beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch die Organisierung und die Durchführung des Unfallschutzes übernehmen. Erst wenn beide in der Unfallversicherung aufs engste zusammenarbeiten, werden die Unfallverhütungsvorschriften überall die Beachtung finden, wie das im Interesse der Arbeiter und des ganzen Volkes notwendig ist.

Esolange die Berufsvereine in ihrer heutigen Form weiterbestehen, muß versucht werden, in die Unfallverhütungsvorschriften eine gewisse Einheitlichkeit hineinzubringen. In dieser Hinsicht ist bereits ein erfreulicher Erfolg zu verzeichnen. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Länderaus-

Immer interessant und lehrreich das „Fachblatt für Holzarbeiter“

schuß für Unfallverhütung eingesetzt, der mit dem Verband der Berufsvereine und dem Reichsarbeitsministerium vereinbart hat, die sowohl alle Erfahrungen der neuesten Unfallverhütungstechnik verwerten und berücksichtigen als auch den Anforderungen der Landesregierungen in jeder Hinsicht entsprechen. Diese Vorschriften werden nicht nur die Grundlagen für die von den einzelnen Berufsvereinen zu erlassenden Unfallverhütungsvorschriften bilden, sondern auch von der Staatlichen Gewerbeaufsicht als Richtlinien für Betriebsüberwachung angewendet werden.

Ein Erlaß des stellvertretenden Führers Voricht vor Spikeln

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, macht folgendes bekannt:

Die jüdisch-liberalistische französische Revolution schwamm im Blut der Guillotine. Die jüdisch-bolschewistische russische Revolution hielt wider von millionenfachen Schreien aufstrebender Blutkellern. Keine Revolution der Welt verlief so diszipliniert und unblutig wie die nationalsozialistische. Nichts ist der Gegner des neuen Deutschlands ungelegener als diese Tatsache. Der Beweis ist die schnelle Erfassung von Greueln, die wirkliche Greuel nicht vorhanden sind. Inzwischen verbreiteten unvoreingenommenen Ausländer, die Deutschland bereisten, die Wahrheit: Die Greuelnachrichten wurden als Lügen erkannt und verloren ihre Wirkung.

Die Gegner ruhen nicht. Wie die Reichsleitung erfuhr, sind Spikeln in die Reihen der NSDAP gesandt worden mit dem Auftrag, S. A. und S. S. Männer zu Mißhandlungen von Gegnern zu verleiten, damit nachträglich Unterlagen für eine Glaubhaftmachung der Lügen geschaffen würden.

Nationalsozialisten, S. A. und S. S. Männer seid euch der Absichten der Gegner bewußt! Übergebt jeden, der Gefangene mißhandelt, will oder euch zu Mißhandlungen zu verleiten sucht, der Polizei des nationalsozialistischen Staates. Jeder Nationalsozialist, der dem Wirkender Provokateur zum Opfer fallen sollte, wird aus der NSDAP rücksichtslos und ohne Ansehen der Person ausgeslossen und wegen Verletzung der Ehre des Ansehens der NSDAP. Er wird in ein Konzentrationslager gebracht wegen Arbeit zugunsten der Gegner des nationalsozialistischen Staates. Jeder soll wissen, daß wir weit davon entfernt sind, dem Gegner mit Milde zu begegnen. Er muß wissen, daß jeder von Kommunisten oder Marxisten an einem Nationalsozialisten verübte Mord von uns zehnfach gegenüber kommunistischen oder marxistischen Führern gesühnt wird. Er muß wissen, daß jedes Vergehen gegen den nationalsozialistischen Staat die schwersten Strafen im Gefolge hat.

Jeder Nationalsozialist muß sich aber auch bewußt sein, daß Mißhandeln von Gegnern jüdisch-bolschewistischer Gesinnung entspricht und des Nationalsozialismus unwürdig ist.

Steuerefreie Erbschaften Auch Möbel und Klaviere gehören dazu

Ein wichtiger Teil des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist der Abschnitt über die Steuerfreiheit von Erbschaften. Danach bleiben bei der Ermittlung des Gewinnes für die Einkommen-, Gewerbe- und Körperschaftsteuer die Ausgaben, die der Steuerpflichtige nach dem 30. Juni 1933 bis zum 31. Dezember 1934 für die Anschaffung oder Herstellung von Maschinen, Geräten und ähnlichen Gegenständen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals macht, außer Ansatz. Der Sinn dieser Gesetzesbestimmung ist, die Unternehmer zu veranlassen, die notwendigen Betriebsanschaffungen möglichst sofort zu machen, damit die Nachfrage nach solchen Gütern steigt und damit gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitskräften, was auch zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führt. Es wird geschätzt, daß auf diese Weise etwa eine Viertel-million Arbeitslose wieder in Arbeit kommen.

Für die Unternehmer bedeutet die Steuerfreiheit solcher Anschaffungen einen großen geldlichen Vorteil, zumal der Begriff „Maschinen, Geräte und ähnliche Gegenstände“ in den jetzt erschienenen Erläuterungen zum Gesetz über die Steuerfreiheit für Erbschaften sehr weit gefaßt ist. So fallen beispielsweise auch reine Erzeugnisse der Holzindustrie darunter, nämlich: Klaviere, Tische, Stühle und Regale aller Art. Wer als Gewerbetreibender oder als Händler sein Büro, seine Verkaufslager oder Ausstellungenräume jetzt mit neuen Möbeln einrichten läßt, kann den dafür ausgegebenen Betrag von seinem Einkommen als steuerfrei absetzen. Wir wollen hoffen, daß viele Unternehmer diese Möglichkeit wahrnehmen, in ihrem und im Interesse der deutschen Holzindustrie.

Herbstmesse in Leipzig Erste Braune Großmesse

Im Rahmen der diesjährigen Leipziger Herbstmesse vom 27. bis 31. August findet auf dem Ausstellungsgelände am Fuße des Völkerschlachtdenkmal die 1. Braune Großmesse statt. Veranstalter sind der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand, die Reichsstände des deutschen Handels und des deutschen Handwerks sowie das Leipziger Messamt.

Die Braune Großmesse trägt ausgesprochen deutschen Charakter. Es werden nur deutsche Firmen zugelassen, bei denen mehr als die Hälfte des Kapitals in deutschen Händen ist und für die sich die örtlichen Kampfbundorganisationen verbürgen. Ferner können nur solche Erzeugnisse ausgestellt werden, die mindestens zu 80 Prozent aus deutschen Rohstoffen hergestellt sind; eine Ausnahme wird nur dann zugelassen, wenn es sich um Rohstoffe handelt, die in Deutschland nicht vorhanden sind. Die Braune Großmesse wird folgende Gruppen umfassen: 1. Hausrat, 2. Geschenkartikel, 3. Geschäftsbedarf, 4. Bekleidung, 5. Nahrungs- und Genussmittel, 6. Industriebedarf, 7. Fahrzeuge, 8. Landmaschinen.

Für die Braune Großmesse werden die Hallen 6 und 8 des Ausstellungsgeländes zur Verfügung gestellt, die zusammen rund 6500 Quadratmeter vermietbare Ausstellungsfläche haben. Eine besondere Sonderausstellung ist in Halle 2 vorgesehen. Während Halle 18 eine Ausstellung des Handels aufnehmen wird. Hier stehen ausgedehnte Freiflächen für die Messstände zur Verfügung.

Die Halle 7, die für Messveranstaltungen besonders geeignet ist, wird für die geplanten großen Zusammenkünfte dienen. Die Reichsstände des Handels und des Handwerks werden hier am 27. August einen Generalappell ab-

halten, zu dem nicht nur die Amtswalter, sondern die Vertreter der Stände selbst erscheinen werden. Da es in Deutschland allein rund 20000 Janungen gibt, die sich sämtlich an dieser Veranstaltung beteiligen werden, wird es die größte derartige Kundgebung sein, die Deutschland jemals gesehen hat.

Die Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit Neue Siegesmeldungen

Die Schlacht des neuen Deutschlands gegen die Arbeitslosigkeit hat in gewaltigem Umfang eingesetzt. Die ganze Kraft der geeinten Nation konzentriert sich nach dem Willen des Führers auf ein Ziel, auf einen Gedanken: Arbeit und Brot für die Millionen, die in den letzten Jahren aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgestoßen wurden und die es wieder in den Arbeitsprozeß des deutschen Volkes einzugliedern gilt.

Zwei Millionen deutscher Menschen sind bereits seit dem Regierungsantritt Adolf Hitlers wieder in die Wirtschaft zurückgeführt worden. Nun ist die ganze innere Kraft des neuen Deutschlands eingesetzt worden, um den noch arbeitslosen Volksgenossen Arbeit und Brot zu geben.

Aus allen Teilen des Reiches laufen bereits täglich gewaltige Erfolgsmeldungen ein. Das gigantische Straßenbauprojekt Adolf Hitlers ist bereits begonnen, an seiner weiteren Vorbereitung wird fieberhaft gearbeitet. Das „Gesetz zur Verringerung der Arbeitslosigkeit“ des Staatssekretärs Heinhardt beginnt sich bereits in immer größerem Umfang auszuwirken. Eine Belle der Opferfreudigkeit hat die Nation erfaßt: Die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit ist zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes geworden, alle Kreise und Schichten tragen zur Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit bei. In Ostpreußen sind bereits die ersten Landkreise

Volk und Rasse

Zur Frage der Rassenkreuzung

Reinhaltung und Vervollkommnung der Rasse

Das Problem der Rassenkreuzung ist erst seit Kenntnis des Mendelschen Spaltungs-gesetzes, das wir in einem vorhergehenden Aufsatz dargelegt haben, für uns überhaupt verständlich geworden. Es wurde durch wissen-schaftliche Untersuchungen nachgewiesen, daß sämtliche Rassen von diesen Mendelschen Ge-setzen beherrscht werden. Zunächst sei festge-stellt, daß die Kreuzungen aller Rassen unter-einander und ebenso die der Bastarde unter-einander fruchtbar sind, im Gegensatz zu dem aus dem Tierreich bekannten Beispiel, wo Bastarde von Pferd und Esel untereinander unfruchtbar sind. Wichtig erscheint der Hin-weis, daß die im Lichte der Mendelschen Regeln erfolgte exakte Beobachtung von Rassenkreuzungen uns darüber belehrt hat, daß es eine früher allgemein angenommene Vorherrschaft in der Vererbung einzelner Rassen nicht gibt.

Vorherrschenden einzelner Anlagen

Die Annahme, daß die sogenannten wilden Rassen, zum Beispiel die Neger, bei der Kreuzung immer das Übergewicht behalten und durchschlagen, ist unrichtig. Es handelt sich nicht um das Übergewicht irgendeiner einzel-nen Rasse, sondern es vererbt sich beim Men-schen genau so, wie Tausende von Tier- und Pflanzenexperimente ergeben haben — die einzelne Anlage vorherrschend oder zurück-gedrängt. Besitzt eine Rasse viele an sich vor-herrschende Anlagen, so wird sie in der Bastardbevölkerung stärker vorwiegend er-scheinen als die andere Stammrasse, die mehr zurückgedrängte Merkmale hat. Das erklärt es ohne weiteres, warum bei Kreuzungen von Negern und Europäern im allgemeinen die Mischlinge dunkelhäutig und dunkelhaarig sind. Als Beispiele von vorherrschenden Merk-malen haben wir dunkle Hautfarbe, dunkle Haare, vorspringende Nase, auf dem Gebiet des Krankhaften Muttermaße, Mehrfingrig-keit, Kurzstimmigkeit, Kurzstimmigkeit usw. Exakte Untersuchungen von Kreuzungen mit Juden haben gezeigt, daß auch hier, wie es nach obigem ganz selbstverständlich ist, bei den Nachkommen nur die einzelnen vorherr-schenden Merkmale der Stämme durchschlagen, also das schwarze Haar, die konvexe Nase und vielleicht noch das eine oder andere im Ge-sichtsausdruck. Bei Kreuzung zwischen breit-nasigen Ostjuden und Nordeuropäern mit scharfer, schmaler Nase ist umgekehrt diese nordische Rasse deutlich vorherrschend.

Körperliche und geistige Nachteile

Eine wichtige und vielerörterte Frage ist, in welcher Weise die Nachkommen zweier ver-mischter Rassen mit deren körperlichen und geistigen Nachteilen behaftet sind. So zeigen Bastarde von Hottentotten und Buren keine Minderwertigkeit in der Nachkommenschaft; da aber die Buren eine bedeutend höhere Be-gabung besaßen als die Hottentotten, so ent-stand eine Durchschnittsbegabung, die also eine bedeutende Minderung aufzeigt, wenn man von der höheren Rasse als dem erstre-benswertesten Idealtyp ausgeht. Eine wichtige Folgeerscheinung der Bastardierung ist ferner das Vorkommen konstitutioneller (körperlicher)

Schwäche: Mulatten z. B. scheinen gegen aller-lei Krankheiten und Schädigungen weniger widerstandsfähig als ihre beiden Elternrassen. Auch Skandinavier-Lappen-Mischlinge sind, wie eingehende medizinische Beobachtungen ergeben haben, besonders gegen Tuberkulose anfälliger als ihre Stammrassen. Diese Frage hat medizinisch ein ungeheures Interesse; eine befriedigende Erklärung dieser feststehenden Tatsache ist aber bisher von der medizinischen Wissenschaft noch nicht gefunden worden. Ob konstitutionelle Schäden, aber auch sonstige krankhafte Erscheinungen durch „Nichtzusam-menpassen“ gewisser Erbanlagen bei der Ver-erbung, auch bei Kreuzung nahestehender Rassen, also etwa innerhalb der europäischen Völker entstehen können, ist nicht geklärt, er-scheint aber sehr leicht möglich. Auch eine Unstimmigkeit der verschiedenen Rassen zu-einander auf geistigem Gebiet dürfte dazu führen, daß die geistigen Erbanlagen sich nicht immer richtig ergänzen und in ihrer inneren Veranlagung widerspruchsvolle Naturen ge-schaffen werden. So finden wir bei Misch-lingen, zum Beispiel zwischen Juden und An-gehörigen der europäischen Rassen, eine starke Zerrissenheit ihrer geistigen Einheit, sie wissen nicht recht, „was Geistes Kind sie sind“, was sie tun und lassen und welchem Kreis sie sich zuwenden sollen, während der Nichtmischling im Gegensatz dazu von diesen inneren Kämpfen verschont bleibt und sich schnell seinen Um-gewissen als der ihm vertrauten Umgebung, als seinesgleichen anpaßt. Dieser innere Zwie-spalt, dieser Kampf zwischen Intellekt und Seele, zerreißt den Mischling, er ist weniger energiegelich und widerstandsfähig, leistet im all-gemeinen weniger und verliert im Lebens-kampf eher den Halt als ein Reintassiger. Daraus ist leicht ersichtlich, daß ein auf seine Zukunft bedachtes Volk ein Überhandnehmen derartiger Fälle nicht dulden darf.

Niedergang und Aufstieg eines Volkes

Das Schicksal eines Volkes, seine kulturelle und geistige Leistungsfähigkeit, wird danach neben anderem ausschlaggebend von seiner rassennmäßigen Zusammensetzung abhängig sein. Es darf hierbei selbstverständlich nicht ver-gessen werden, daß auf Niedergang und Auf-stieg eines Volkes in der Geschichte eine Menge äußerer Faktoren, die geographische Lage, das Verhältnis zu Nachbarn usw., von großer Bedeutung sind. Aber neben diesen spielt — wie oben ausgeführt — die rassennmäßige Begabung die ausschlaggebende Rolle. Wie in körperlicher, so sind auch in geistiger Beziehung die einzelnen Rassen außerordent-lich verschieden. Den einzelnen Rassen sind Phantasie, Intelligenz und Tatkraft in außer-ordentlich verschiedenen Graden und in den mannigfaltigen Kombinationen zuteil ge-worden.

Die Kenntnis vorstehend dargestellter Ver-erbungsregeln wird jedem Einsichtigen die Erfüllung der Forderung des Volkstanzlers Adolf Hitler auf Reinhaltung und Vervoll-kommnung der Rasse als eine Selbstverständ-lichkeit erscheinen lassen.

Der Bastard

In den Schulen der Stadt Marseille sitzen 25 000 Bastardkinder, ihr Blut und damit auch ihre geistige und charakterliche Verfas-sung ist eine Mischung von Schwarz und Weiß. Was geht das uns an?

Ich denke, ebensowenig und soviel wie die Tatsache, daß seinerzeit im besetzten Gebiet weiße Mädchen für die schwarzen Besatzungs-truppen bereitgestellt werden mußten, oder wie die Tatsache, daß Frankreich von Staats wegen einen Unterschied zwischen Weiß und Schwarz nicht mehr anerkennt.

Solch ein Verrat an der weißen Rasse abei-bleibt nicht auf einen bestimmten Staat be-schränkt, er wird sich wie eine freilebende Pflanze immer weiter über den Körper Gesamteuro-pas ausbreiten, wenn wir zu solchen Dingen gleichgültig die Augen zudrücken.

Wenn die romanische Rasse auf die fernere Zugehörigkeit zur weißen Rasse keinen Wert

mehr legt und in der Bastardierung die letzte Rettung eines, wenn auch nur zahlenmäßigen Bestandes sieht, dann sollten sich die Völker germanischen Blutes desto eifriger ihrer hohen Verpflichtung zur Reinerhaltung des Blutes bewußt werden! Solch eine Forderung ent-springt nicht etwa einer unberechtigten Über-heblichkeit; vielmehr kann sie durch viele von anderen Völkern gemachte schlimme Erfahrun-gen begründet werden.

Wir können auch einen gewiß völlig ein-wandfreien Zeugen für unsere Behauptung ins Feld führen: Der Menschenfreund Living-stone, dessen Herz gewiß warm für seine schwarzen Schutzbefehlshaber schlug, erklärte auf Grund einer 1860-jährigen Erfahrung: Gott schenkte den weißen Menschen und er schuf den schwarzen Menschen, der Bastard aber ist ein Schöpfung des Teufels.

Viele Erfahrung des Engländers prägt sich auch in einer nicht eben schönen Redensart des englischen Kolonistenvolkes aus: das

schlimmste Schimpfwort, das ein Eng-länder über die Lippen bringen kann, lautet: You bloody bastard!

Wir wissen, welch einen harten Kampf Süd-afrika um die Reinerhaltung der weißen Rasse führt und auch vor Zuchtthaus und Prügel-strafe nicht zurückschreckt. Auch in den Ver-einigten Staaten von Nordamerika bedeutet die Rassenfrage wahrscheinlich das Problem der Zukunft. Schon jetzt erklärt ein bekannter Negerführer, es handle sich nicht mehr um die Frage, was die Weißen mit den Schwarzen, sondern was die Schwarzen mit den Weißen anfangen sollen.

In Amerika ist, wie in Europa, die Rassen-frage durch den Weltkrieg besonders brennend geworden. Auch hier zeigt sich wiederum, daß nicht Deutschland allein den Weltkrieg ver-loren hat; nein, ganz Europa, die weiße Rasse hat ihn verloren. Dr. Hans Krauß.

Das Sterilisationsgesetz

Es geht um die Zukunft unseres Volkes

Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung gibt schon seit Jahren zu ernststen Befürch-tungen reichlich Anlaß. Da ist zunächst der starke Geburtenrückgang. Im Jahre 1932 wurden in Deutschland 978 161 Kinder lebend geboren, gegen 1 838 750 im letzten Vorkriegsjahr. Wenn 1932 trotzdem noch ein Geburtenüberschuß von 280 266 (1913: 833 800) zu verzeichnen war, so dank der stark gesunkenen Sterblichkeit. Im Jahre 1913 starben in Deutschland 1 004 950 Personen, im letzten Jahr aber nur 697 895. Die Geburten-häufigkeit ist aber weit stärker als die Sterb-lichkeit zurückgegangen. So kamen 1913 auf 100 Lebendgeborene 55 Sterbefälle, im Jahre 1932 aber 71. Obwohl als Folge der vorbild-lichen sozialen und hygienischen Einrichtungen in Deutschland mit einer weiteren Erhöhung des Durchschnittsalters gerechnet werden kann, werden in den nächsten Jahren doch absolut mehr Menschen sterben als in den vorausge-gangenen, denn ein ewiges Leben auf dieser Erde ist uns Heutigen nicht beschieden. Die Sterblichkeit wird aber nicht nur ab-solut zunehmen, sondern auch verhältnismäßig, sofern nicht eine starke Vermehrung der Ge-burten eintritt. Damit ist im Augenblick in-des nicht zu rechnen, so daß zu befürchten ist, daß Deutschland in absehbarer Zeit ohne Ge-burtenüberschuß dasteht. Was das für unser Volk bedeuten würde, darauf kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen wer-den; wir wollten dieses große Problem unserer Bevölkerungspolitik nur andeuten.

Nicht minder wichtig ist die andere Seite unserer Bevölkerungsentwicklung: nämlich die starke Zunahme von erbkranken Kindern. Während die erbgesunden Fa-

dem Spiele stehen. Es geht um die Zukunft unseres Volkes!

Dazu kommt, daß für Geisteschwache, Hilfs-schwächer, Geistesranke und Asoziale jährlich Millionenwerte verbraucht werden, die den gesunden, noch kinderfrohen Familien durch Steuern aller Art entzogen werden. Die Für-sorgelasten haben eine Höhe erreicht, die in gar keinem Verhältnis mehr zu der trostlosen Lage derjenigen steht, die diese Mittel durch Arbeit aufbringen müssen.

Schon seit Jahrzehnten haben Vererbungs-wissenschaftler Deutschlands und anderer Länder ihre warnende Stimme erhoben und darauf hingewiesen, daß der fortschreitende Ver-lust wertvoller Erbmasse eine schwere Entartung aller Kultur-völker zur Folge haben muß. Von weiten Kreisen des deutschen Volkes wird darum heute die Forderung gestellt, durch Erlaß eines Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses das biologisch minderwertige Erbgut auszuschalten. So soll die Unfrucht-barmachung eine allmähliche Reinigung des Volkskörpers und die Ausmerzungen von krank-haften Erbanlagen bewirken.

Die Reichsregierung ist dieser Forderung nachgekommen durch das Gesetz zur Ver-hütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. Dieses Gesetz sieht die Unfruchtbarmachung aller erb-kranken Personen vor. Erbkrank im Sinne des Gesetzes ist, wer an einer der fol-genden Krankheiten leidet: 1. angeborenem Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. zirkulärem Irresein, 4. erblicher Fallsucht, 5. erblichem Weitsicht, 6. erblicher Blindheit, 7. erblicher Taubheit, 8. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung.

Die Unfruchtbarmachung geschieht auf Antrag des Erbkranken oder auf Antrag von beamteten Ärzten und für die Inassen einer Krankenheil- oder -pflegeanstalt oder einer Strafanstalt der Anstaltsleiter. Aber den Antrag entscheidet das Erbgesundheitsgericht und in letzter Instanz das Erb-gesundheits-Obergericht. Die Unfruchtbar-machung erfolgt durch die Sterilisierung des Erbkranken mittels operativen Eingriffs. Die Sterilisierung ist der Gesundheit des Be-treffenden in keiner Weise abträglich, aber zur Zeit das einzig sichere Mittel zur Ver-erbung von Geisteskrankheiten und schweren Erbkranken. Sie muß demnach als eine Tat der Nächstenliebe und Vorsorge für die kommende Generation angesehen werden. So ist das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses eine wahr-haft soziale Tat für die betroffenen erbkranken Familien und für die Volksgesamtheit.

Erziehung zur Ehe

Die Erziehung zur sittlichen Ehe ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der staats-erhaltenden Familie. Diese Voraussetzung kann aber nur dann erfüllt werden, wenn jede schulpflichtige Person mindestens mit den Ge-setzen der Vererbung und mit den Gefahren, die dem Erbgut drohen, durch erbbiologischen Unterricht nach Möglichkeit vertraut gemacht wird. Ebenso sollte jeder Religions- und Moralunterricht die Grundlehren der Erb-gesundheitspflege als Bestandteil erhalten.

Aber auch die Gattenwahl wird für die Ge-lamtheit bedeutungslos sein, wenn nicht eine ausreichende Geburtenzahl damit verbunden ist. Denn was nützte jede Ausscheidung minderwertigen Erbgutes, wenn die hochwertigen Erbanlagen unvermehrt blieben und vollends ausgelöscht würden? Dr. Hans F. R. Günther.

Erschreckende Zahlen

Von den 834 Nachkommen einer Frau, die an Trunksucht litt, waren nach einer amtlichen Feststellung 181 Dirnen, 142 Bettler, 76 Schwer-verbrecher und 7 Wörder. 40 Nachkömmlinge fielen in Irrenanstalten dem Staate zur Last.

Die Nachkommenschaft dieser Frau mit schlechtem Erbgut belastete den Staat mit etwa 5 Millionen.

Hunderte von Millionen muß der Staat jähr-lich für seine Krüppel und Geisteskranken, Min-derwertigen und Schwachsinigen ausgeben.

Die Fortpflanzung solcher erblich Minder-wertigen muß verhindert werden, damit die Gelder für die Aufzucht gesunder Kinder ver-mendet werden können.

Du mußt wissen,

daß Ehen unter Blutsver-wandten sehr bedenklich sind.

Von 392 Kindern, die der Ehe von Ver-wandten entstammten, waren nur 119 völlig gesund und 150 waren minderwertig, 118 starben bereits vor Vollendung des fünften Lebensjahres.

Aus Ehen von Geschwisterkindern waren unter 95 Nachkommen 36 minderwertig und 17 hochgradig minderwertig. Weniger als die Hälfte waren völlig gesund.

milien größtenteils zum Ein- und Reinkinder-system übergegangen sind, pflanzen sich un-zählige minderwertige und erblich belastete hemmungslos fort, deren kranker und asozia-ler Nachwuchs der Gesamtheit zur Last fällt. Im Durchschnitt kommen auf eine gesunde deutsche Familie heute knapp zwei Kinder, auf eine geistig oder moralisch minderwertige Familie dagegen drei bis vier. Bei einem solchen Verhältnis ändert sich aber die Zu-sammensetzung eines Volkes von Generation zu Generation, so daß in etwa drei Ge-schlechterfolgen die wertvolle Schicht von der minderwertigen völlig über-wuchert ist. Das bedeutet aber das Aus-sterben der hochwertigen Fa-milien, so daß demnach höchste Werte auf

Unterhaltung und Wissen

Die drei ymnischen Rammacher

71 Aus „Die Leute von Seldwyla“, Roman von Gottfried Keller

Jüs wandte sich wieder zu Dietrich und sagte: „Nun, lieber Dietrich, haben Sie's noch nicht auf eine etwas bescheidenere Art zuwege gebracht?“ — „Ja, mit Ihrer Erlaubnis“, erwiderte er, froh, wieder angeredet zu werden, „ich erblicke Sie jetzt nur dreimal um mich her, freundlich, aber anständig mich anschauend und mir drei weiße Hände bietend, welche ich küsse!“

„Gut denn!“ sagte Jüs, „und Sie, Fridolin? sind Sie noch nicht von Ihrer Abirrung zurückgekehrt? Kann sich Ihr ungestümes Blut noch nicht zu einer wohlständigen Vorstellung beruhigen?“ — „Um Vergebung!“ sagte Fridolin kleinlaut, „ich glaube jetzt drei Jungfern zu sehen, die mir gedörte Birnen anbieten und mir nicht abgeneigt scheinen. Es ist keine schöner als die andere, und die Wahl unter ihnen scheint mir ein bitteres Kraut zu sein.“

„Nun also“, sprach Jüs, „da Ihr in Eurer Einbildungskraft von neun solchen ganz gleich werten Personen umgeben seid und in diesem liebreizenden Überfluß dennoch Mangel in Euren Herzen leidet, ermahnet danach meinen eigenen Zustand; und wie Ihr an mir sahet, daß ich mich weihen und bescheidenen Herzens zu fassen weiß, so nehmet doch ein Beispiel an meiner Stärke und gelobet mir und euch untereinander, euch ferner zu vertragen und, wie ich liebevoll von euch scheidet, euch ebenso liebevoll voneinander zu trennen, wie auch das Schicksal, das eurer wartet, entscheiden möge! So legt denn alle eure Hände zusammen in meine Hand und gelobet es!“

„Ja, wahrhaftig“, rief Jobst, „ich will es wenigstens tun, an mir soll's nicht fehlen!“ und die anderen zwei riefen eiligt: „An mir auch nicht, an mir auch nicht!“ und sie legten alle die Hände zusammen, wobei sich jedoch jeder vornahm, auf alle Fälle zu springen, so gut er vermöchte. „An mir soll es wahrhaftig nicht fehlen!“ wiederholte Jobst, „denn ich bin von Jugend auf barmherziger und einträchtiger Natur gewesen. Noch nie habe ich einen Streit gehabt und konnte nie ein Tierlein leiden sehen; wo ich noch gewesen bin, habe ich mich gut vertragen und das beste Lob geerntet ob meines gerühmten Betragens; denn obgleich ich gar manche Dinge auch ein bißchen verstehe und ein verständiger junger Mann bin, so hat man nie gesehen, daß ich mich in etwas mischte, was mich nichts anging, und habe stets meine Pflicht auf eine einrichtsvolle Weise getan. Ich kann arbeiten, soviel ich will, und es schadet mir nichts, da ich gesund und wohllauf bin und in den besten Jahren! Alle meine Meisterinnen haben noch gesagt, ich sei ein Tausendsmensch, ein Ausbund, und mit mir sei gut auskommen! Ach! ich glaube wirklich selbst, ich könnte leben wie im Himmel mit Jhnen, allerliebste Jungfer Jüs!“

„Ei!“ jagte der Bayer eifrig, „das glaub' ich wohl, das wäre auch keine Kunst, mit der Jungfer wie im Himmel zu leben! Das wollt ich mir auch zutrauen, denn ich bin nicht auf den Kopf gefallen! Mein Handwerk versteh' ich aus dem Grund und weiß die Dinge in Ordnung zu halten, ohne ein Unwort zu verlieren. Keinen habe ich Handel bekommen, obgleich ich in den größten Städten gearbeitet habe, und niemand habe ich eine Kasse geschlagen oder eine Spinne getötet. Ich bin mächtig und enthalten und mit jeder Nahrung zufrieden, und ich weiß mich am Geringfügigsten zu vergnügen und damit zufrieden zu sein. Aber ich bin auch gesund und munter und kann etwas aushalten, ein gutes Gewissen ist das beste Lebenselixier, alle Tiere lieben mich und laufen mir nach, weil sie mein gutes Gewissen wittern, denn bei einem ungerechten Menschen wollen sie nicht bleiben. Ein Fuchshand ist mir erst drei Tage lang nachgefolgt, als ich aus der Stadt Ulm vertriebe, und ich sah ihn endlich in dem Bauersmann in Gewand zu sehen, da ich als ein demütiger Handwerker kein solches Tier ernähren durfte, und als ich durch den Föhnerwald zackte, hat die Hürche und Kehe auf zwanzig Schritte noch wehgeschrien und haben sich nicht von mir gelöst. Es ist wunderbar, wie selbst die wilden Tiere sich bei den Men-

schen austennen und wissen, welche guten Herzens sind!“

„Ja, das muß wahr sein!“ rief der Schwabe, „seht ihr nicht, wie dieser Fink schon die ganze Zeit da vor mir herumfliegt und sich mir zu nähern sucht? Und jenes Eichhörnchen auf der Tanne sieht sich immerfort nach mir um, und hier kriecht ein kleiner Käfer allfort an meinem Beine und will sich durchaus nicht vertreiben lassen. Dem muß es gewiß recht wohl sein bei mir, dem lieben guten Tierchen!“

Jetzt wurde aber Jüs eifersüchtig und sagte etwas heftig: „Bei mir wollen alle Tiere gern bleiben! Einen Vogel hab' ich acht Jahre gehabt und er ist sehr ungeru von mir weggestorben; unsere Kasse streicht mir nach, wo ich

Erntelied!

**Es steht ein goldnes Garbenfeld,
das geht bis an den Rand der Welt.
Mähle, Mähle, mähle!**

**Es stockt der Wind im weiten Land,
viel Mühlen stehn am Himmelrand.
Mähle, Mähle, mähle!**

**Es kommt ein dunkles Abendrot,
viel arme Leute schrein nach Brot.
Mähle, Mähle, mähle!**

**Es hält die Nacht den Sturm im Schoß,
und morgen geht die Arbeit los.
Mähle, Mähle, mähle!**

**Es segt der Sturm die Felder rein,
es wird kein Mensch mehr Hunger schrein.
Mähle, Mähle, mähle! Richard Dehmel**

gehe und stehe, und des Nachbars Tauben drängen und zanken sich vor meinem Fenster, wenn ich ihnen Prosamen streue! Wunderbare Eigenschaften haben die Tiere, je nach ihrer Art! Der Löwe folgt gern den Königen nach und den Helden, und der Elefant begleitet den Fürsten und den tapferen Krieger; das Kamel trägt den Kaufmann durch die Wüste und bewahrt ihm frisches Wasser in seinem Bauch, und der Hund begleitet seinen Herrn durch alle Gefahren und stürzt sich für ihn in das Meer! Der Delphin liebt die Musik und folgt den Schiffen und der Adler den Kriegsheeren. Der Affe ist ein menschenähnliches Wesen und tut alles, was er die Menschen tun sieht, und der Papagei versteht unsere Sprache und plaudert mit uns wie ein Adler! Selbst die Schlangen lassen sich zähmen und tanzen auf der Spitze ihres Schwanzes; das Krokodil weint menschliche Tränen und wird von den Bürgern dort geachtet und verschont; der Strauß läßt sich satteln und reiten wie ein Roß; der wilde Büffel zieht den Wagen des Menschen und das gehörnte Rentier seinen Schlitten. Das Einhorn liefert ihm das schneeweiße Elfenbein und die Schildkröte ihre durchsichtigen Knochen —

„Mit Verlaub“, sagten alle drei Rammacher zugleich, „hierin irren Sie sich gewißlich, das Elfenbein wird aus den Elefantenzähnen gewonnen und die Schildpattkämme macht man aus der Schale und nicht aus den Knochen der Schildkröte!“

Jüs wurde feuerrot und sagte: „Das ist noch die Frage, denn ihr habt gewiß nicht gesehen, wo man es hernimmt, sondern verarbeitet nur die Stücke; ich irre mich sonst selten, doch sei denn wie ihm wolle, so laßt mich ausreden: Nicht nur die Tiere haben ihre merkwürdigen von Gott eingepflanzten Besonderheiten, sondern selbst das tote Gestein, so aus den Bergen gegraben wird. Der Kristall ist durchsichtig wie Glas, der Marmor aber hart und gedert, bald weiß und bald schwarz; der Bernstein hat elektrische Eigenschaften und zieht den Blitz an; aber dann verbrennt er und riecht wie Weihrauch. Der Magnet zieht Eisen an, auf die Schiefertafel kann man schreiben, aber nicht auf den Diamant, denn dieser ist hart wie Stahl; auch gebraucht ihn der Glöser zum Glöschneiden, weil er klein und spitzig ist. Ihr seht, liebe Freunde, daß ich auch ein wenig von den Tieren zu sagen weiß! Was

aber mein Verhältnis zu ihnen betrifft, so ist dies zu bemerken: Die Kasse ist ein schlaues und listiges Tier und ist daher nur schlaues und listigen Menschen anhänglich; die Taube aber ist ein Sinnbild der Unschuld und Einfalt und kann sich nur von einfältigen, schuldlösen Seelen angezogen fühlen. Da mir nun Kassen und Tauben anhänglich sind, so folgt hieraus, daß ich klug und einfältig, schlau und unschuldig zugleich bin, wie es denn auch heißt: Seid klug wie die Schlangen und einfältig wie die Tauben! Auf diese Weise können wir allerdings die Tiere und ihr Verhältnis zu uns würdigen und manches daraus lernen, wenn wir die Sache recht zu betrachten wissen.“

Die armen Gesellen wagten nicht ein Wort weiter zu sagen; Jüs hatte sie gut zugehört und sprach noch viele hochtrabende Dinge durcheinander, daß ihnen Hören und Sehen verging. Sie bewunderten aber Jüsis Geist und Beredsamkeit, und in solcher Bewunderung dünkte sich keiner zu schlecht, das Kleinod zu besitzen; besonders da diese Fierde eines

Saufes so wohlfeil war und nur in einer rastlosen Zunge bestand. Ob sie selbst dessen, was sie so hoch stellen, auch wert seien und etwas damit anzufangen wüßten, fragten sich solche Schwachköpfe zuallererst oder auch gar nicht, sondern sie sind wie die Kinder, welche nach allem greifen, was ihnen in die Augen glänzt, von allen bunten Dingen die Farben abschlecken und ein Schellenspiel ganz in den Mund stecken wollen, statt es bloß an die Ohren zu halten. So erhitzen sie sich immer mehr in der Begierde und Einbildung, diese ausgezeichnete Person zu werden, und je schnöder, herzloser und eitler Zügens unsinnige Phrasen wurden, desto gerührter und jämmerlicher waren die Rammacher daran. Zugleich fühlten sie einen heftigen Durst von dem trockenen Obste, welches sie inzwischen aufgefressen; Jobst und der Bayer suchten im Gehölz nach Wasser, fanden eine Quelle und tranken sich voll kaltes Wasser. Der Schwabe hingegen hatte listigerweise ein Fläschchen mitgenommen, in welchem er Kirschgeist mit Wasser und Zucker gemischt, welches liebliche Getränk ihn stärken und ihm einen Vorschub gewähren sollte beim Laufen; denn er wußte, daß die anderen zu sparsam waren, um etwas mitzunehmen oder eine Einkehr zu halten. (Fortsetzung folgt.)

Württembergs schöne Hauptstadt

Ein Dichter hat Stuttgart, die in „der Berge grünen Kranz“ liegende schwäbische Hauptstadt, mit einem „in grünem Samt gefasteten güldenen Kleinod“ verglichen. Das scheint dem Unkundigen übertrieben zu sein, aber der Dichter hat recht. Von welcher Seite man Stuttgart auch betrachtet, stets ist man entzückt von dem Bilde, das sich dem Auge bietet. In der Altstadt malerische Gassen mit schönen ehrwürdigen Privat-, Gemeinde- und Staatshäusern und mächtigen Monumentalbauten, in der Neustadt herrliche grüne Anlagen und architektonisch vorbildliche Neubauten. Am meisten staunt der Fremde über die landschaftlich herrliche Lage Stuttgarts. Ein großer Teil der Stadt liegt in einem Talkessel, der andere ist an die teils sanft, teils ziemlich steil ansteigenden Berge angeschmiegt.

vor allem an Einnahmen. Das Bitten der Stuttgarter hatte schließlich doch Erfolg. Im Jahre 1733 wurde ihre Heimatstadt wieder Residenz. Die Fürsten der damaligen Zeit lebten ziemlich verschwenderisch, sie versuchten dem französischen Vorbild nachzueifern. Diesem Umstand verdankt Stuttgart viele ihrer schönen Anlagen und hervorragenden Baudenkmäler.

Infolge seiner von den großen Heerstraßen etwas abseits liegenden Lage blieb Stuttgart in seiner wirtschaftlichen Entwicklung lange Zeit zurück. Erst in neuerer Zeit ist es in die Reihe der großen Industriestädte eingerückt. Im Jahre 1844 hatte Stuttgart nur 44 000 Einwohner, am 16. Juni 1933 waren es 416 522. In seinen Mauern sind alle Gewerbe- und Wirtschaftszweige vertreten. Die Textil-



Stuttgart. Bild von der Uhlensteige

Dazwischen liegen viele Gärten. Von oben bietet sich dem Beschauer ein entzückendes Bild: am Tage ein buntes Häusermeer, des Abends tief unten ein Lichtermeer, während an den Bergen der Schwin der Straßenlaternen und erleuchteten Fenster wie Jerschlichter hin und her huscht. Die Württemberger können auf ihre schöne Hauptstadt wirklich stolz sein!

Die Stadt Stuttgart ist ursprünglich eine Schöpfung des Grafen von Württemberg. Ihr Aufblühen verdankt sie ihrer Eigenschaft als Residenz. Als ein Herzog als Strafe dafür, daß die Bürger gegen die Einführung einer neuen Steuer Einspruch erhoben, im Jahre 1677 keine Residenz nach Ludwigsburg verlegte, wo er sich ein neues Schloß hatte erbauen lassen, waren die Stuttgarter tief unglücklich. Denn mit dem Wegzug des Hofes verlor die Stadt an gesellschaftlichem Glanz,

Industrie mit vielen großen Betrieben, das Metallgewerbe mit den weltberühmten Firmen Bosch und Daimler-Motoren-Gesellschaft, die in normalen Zeiten je über 4000 Arbeiter beschäftigt. Auch für die deutsche Holzindustrie hat Stuttgart eine große Bedeutung. Alle holzgewerblichen Betriebe zusammen beschäftigen bei guter Geschäftslage an die 4500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Ihre Erzeugnisse sind weithin als hochwertige Qualitätsware bekannt. Das gilt von allen Branchen, insbesondere aber für die Erzeugnisse der Motor- und Möbelindustrie. Im Augenblick freilich sieht es auch in der Stuttgarter Holzindustrie noch traurig aus, doch ist in den letzten Wochen eine Belebung festzustellen, die hoffentlich anhält, damit alle Arbeitsmenschen bald wieder eine Arbeitsstelle finden und damit Lohn und Brot.

Holzindustrie

Das klingende Tal

Die Heimat der Kleinmusikinstrumente

Nachdem vor acht Tagen an dieser Stelle einiges über die Harmonikaindustrie im Klingenthaler Bezirk berichtet wurde, wollen wir heute einen Blick auf die Geigen- und Zupfinstrumentenindustrie des Markneukirchener Bezirks werfen.

In Markneukirchen und den umliegenden Orten Erlbach, Schönau, Schönwind, Sieben-

ihre Klangreinheit geprüft, jede einzelne erhält dann eine Zensur und einen entsprechenden Preis. So kommt es vor, daß eine Geige dem Verleger einen Preis bringt, der fast so hoch, im besonderen Glücksfalle auch noch höher ist als der, den er für das ganze Duzend gezahlt hat.

Die Produktionsmenge der Streich-, Zupf- und Blasinstrumentenindustrie des

Sie stellen vornehmlich „Schachteln“ her, wie der ortsübliche Name für die Geigenkorpusse lautet. Sie liefern selbst die handwerksmäßig hergestellten Schachteln verschiedentlich billiger, als sie in Markneukirchen fabrikmäßig hergestellt werden können. Ihre fertigen Instrumente sind qualitativ aber nicht so wertvoll wie die vogtländischen Geigen.

Ein zweites Zentrum des deutschen Geigenbaues war früher einmal **Mittenwald** in Bayern. Im Jahre 1886 soll es dort mehr als 800 Geigenmacher gegeben haben, heute sind es vielleicht noch 300, von denen aber nur etwa 50 ständig als Geigenbauer arbeiten, die übrigen 250 sind in der Hauptsache Wald- und Straßenarbeiter, die nur gelegentlich Geigen herstellen. Etwa die Hälfte der ständig beschäftigten Geigenmacher arbeitet in zwei Betrieben, die andere Hälfte sind Heimarbeiter.



Ein Bild in die Werkstatt eines Bauers

brunn, Verniggrün, Wohlhausen und dem etwas weiter abseitsliegenden Bad Brambach gab es 1925 etwa 7 000 Musikinstrumentenarbeiter. Davon waren etwa 2000 Betriebsarbeiter und 5 000 Heimarbeiter einschließlich der mithelfenden Familienmitglieder. Hergestellt werden alle Sorten Streich-, Zupf- und Blasinstrumente, ferner Instrumentensaiten.

Wie es in der ganzen Welt kein zweites Klingenthal gibt, so ist auch nirgendwo eine Geigen- und Zupfinstrumentenindustrie von der Größe und Bedeutung zu finden, wie sie der Markneukirchner Bezirk beherbergt. Fast in jedem Hause des Bezirks wohnen Geigenmacher oder andere Instrumentenbauer. Daneben gibt es zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe, in denen hauptsächlich Blasinstrumente und Saiten aller Art hergestellt werden. Die Streich- und Zupfinstrumentenbauer dagegen sind meist Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende oder selbständige Handwerksmeister, je nachdem wie man sie nennen will. Sie besorgen sich die benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate selbst und verkaufen ihre fertigen Instrumente an die Verleger oder Händler. Rein rechtlich gesehen sind sie ebenso frei wie jeder andere selbständige Handwerksmeister, so daß es zu verstehen ist, daß sie sich nicht gern als Heimarbeiter bezeichnen lassen.

Während früher die Geigen von Anfang bis zu Ende reine Handarbeit waren, werden jetzt für die billigen Instrumente Böden, Decken, Zargen, Hälse und Griffbretter fabrikmäßig hergestellt; auch die Lackierung erfolgt mittels des Spritzverfahrens. Trotzdem ist eine Geige immer noch ein Kunstwerk, auf das ihr Hersteller stolz sein kann. Früher waren die Geigenmacher wohl viel berufstolzer als heute, denn als 1809 die Geigenmacher zum Militär einrücken sollten, erhob die Innung feierlich Protest, denn es sei nicht angängig, Geigenmacher „mit Orzschlern, Tischlern und dergleichen Professionisten“ auf eine Stufe zu stellen, denn sie seien Künstler und als solche von der Militärpflicht befreit. Die Regierung sah dies auch ein, so daß die Geigenmacher in Ruhe und Frieden weiterarbeiten konnten.

Der Verkauf der Geigen an die Verleger erfolgt meist duzendweise. Für ein Duzend wird ein bestimmter Preis gezahlt, ohne Rücksicht auf die Qualität des einzelnen Stückes. Erst beim Verleger werden die Geigen auf

Markneukirchner Bezirk ist nicht bekannt. Für eine Schätzung geben vielleicht die Ausfuhrmengen einen kleinen Anhalt. Soweit amtliche Ausfuhrzahlen vorliegen, war von den Nachkriegsjahren 1923 das bisher beste Ausfuhrjahr. In diesem Jahre wurden ausgeführt: 209 767 Geigen, 6427 Celli und sonstige Streichinstrumente, 50 732 Zithern, 125 475 Zupfinstrumente, 35 765 Holzblasinstrumente. Nun stammten diese Instrumente nicht reiflos aus dem Markneukirchner Bezirk, aber doch wohl zu etwa 90 Prozent. Dazu kommt noch der Inlandsabsatz, für dessen Umfang jeder zahlenmäßige Anhalt fehlt. Vielleicht darf man ihn im Durchschnitt auf 20 bis 25 Prozent der Ausfuhr schätzen. Um diesen Prozentsatz müßte die Ausfuhr-



Ein Zitherbauer

menge also erhöht werden, wenn man sich ein ungefähres Bild von dem Produktionsumfang der vogtländischen Streich-, Zupf- und Blasinstrumentenindustrie machen will.

Eine gute Bestunde von Markneukirchen über die deutsch-tschechoslowakische Grenze hinweg liegt die Geigenstadt Schönau b. Ch. Obwohl diese böhmischen Geigenmacher zahlenmäßig keine große Rolle spielen, machen sie den Markneukirchnern durch die Billigkeit ihrer Erzeugnisse fühlbare Konkurrenz.

Kurzberichte aus der Holzindustrie

Zusammenschluß zweier Sägewerke

Die Firmen August Jahre u. Töppel und Freystatt in Elsterwerda haben sich zu den Vereinigten Säge- und Hobelwerken Elsterwerda zusammengeschlossen. Sie hoffen, durch die Vereinigung leistungsfähiger zu sein und Unkosten zu sparen.

Fabrikbrände

In Helmstadt bei Sinsheim (Baden) brannte das Sägewerk Hornung bis auf die Grundmauern nieder. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht einwandfrei geklärt, man vermutet jedoch Brandstiftung.

Aus Erlangen wird über ein beträchtliches Schadensfeuer in der Büstenfabrik Kränzlein A.G. berichtet. Infolge der großen Hitze kamen Zellulose- und Kampfervorräte in der Zahnbürstenabteilung, wahrscheinlich durch Funkenflug der Fräsmaschine, in Brand. Der ganze Raum stand im Nu in Flammen. Der Materialschaden ist sehr groß, Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Gefängnis wegen Regierungsbeleidigung

In Fürth (Bayern) wurde der Tischler Georg Rupprecht wegen Beleidigung der Reichsregierung und ihres Kanzlers mit zehn Monaten Gefängnis bestraft. Der Verurteilte mußte seine Strafe sofort antreten.

Wiederaufnahme der Betriebstätigkeit

Die Fuchs Waggon-Fabrik A.G. in Heidelberg hatte im Frühjahr infolge Arbeitsmangels den Betrieb stilllegen müssen. Jetzt hat sie im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Deutschen Reichsbahn neue Aufträge bekommen, so daß sie zunächst mit einer 170 Mann starken Belegschaft wieder arbeiten kann.

Märchen und Wirklichkeit

Wieviel Holzarbeiter gibt es in Berlin?

In der Öffentlichkeit hört man über den Umfang der Berliner Holzindustrie die tollsten Phantastiezahlen. So war dieser Tage in einer Tageszeitung zu lesen, daß es vor dem Weltkrieg in Berlin etwa 30 000 selbständige Tischler gegeben habe, heute seien es nur noch rund 3000. Das ist platter Unsinn. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß „von den 32 000 Berliner Holzarbeitern 27 000 arbeitslos sind“. Eine andere Tageszeitung schrieb kürzlich „von den 80 000 Holzarbeitern, die in der Vorkriegszeit vorhanden waren“. Auch diese Behauptung beweist nur, daß ihr Erfinder von der Berliner Holzindustrie keine Ahnung hat.

Wie liegen die Dinge nun in Wirklichkeit? Der augenblickliche Stand der Berliner Holzindustrie ist nicht bekannt, denn die Ergebnisse der amtlichen Zählung vom 16. Juni 1933 liegen noch nicht vor. Wir müssen also auf die Betriebs- und Gewerbezahlung vom Juni 1925 zurückgreifen. Damals gab es in Berlin 9 075 holzgewerbliche Betriebe, davon waren 4158 Tischlereien. In der Vorkriegszeit mögen es einige hundert weniger, im Jahre 1928, dem bisher besten Konjunkturjahr für die Holzindustrie, einige hundert mehr gewesen sein. 1925 beschäftigte die ganze Berliner Holzindustrie 55 391 Arbeiter, davon 20 600 in Tischlereien.

Das ist die Wahrheit über den Umfang der Berliner Holzindustrie, die anders als jene Märchen aussieht. Richtig von diesen Behauptungen ist nur, daß es in Berlin etwa 27 000 arbeitslose Holzarbeiter gibt. Diese Zahl kann aber nicht mit 32 000 oder mit einer anderen Phantastiezahl in Verbindung gebracht werden, sondern nur mit den 55 391 Holzarbeitern, die im Jahre 1925 amtlich gezählt wurden. Es sind in Berlin also nicht 84 Prozent der Holzarbeiter arbeitslos, wie man aus jenen Zahlen schließen muß, sondern „nur“ etwa 50 Prozent. Dies ist auch noch schlimm, sehr schlimm sogar, aber es sieht in Berlin doch nicht ganz so trostlos aus, wie sooft erzählt wird.

Die Verbreiter jener Märchen scheinen des Glaubens zu sein, daß sie auf diese Art der Berliner Holzindustrie und insbesondere ihrer Möbelgruppe nützen können. Das ist ein Irrtum, in Wirklichkeit schädigen sie mit solchen Erzählungen die Berliner Möbelindustrie. Denn sowenig man in einem Geschäft nach Qualitätsware sucht, das infolge seines wirtschaftlichen Zusammenbruchs in den letzten Zügen liegt, sowenig kann ein Mensch hoffen, in Berlin ein gutes Stück Berliner Möbel zu finden, wenn er immer wieder lesen muß, daß von der Berliner Möbelindustrie nur noch ganz elende Bruchstücke vorhanden sind. Die Folge davon muß sein, daß das Publikum von der Berliner Möbeln nichts wissen will, es bevorzugt Provinzmöbel. Das sollten die aufrichtigen Freunde der Berliner Möbelindustrie doch endlich beachten!

Vom deutschen Wald

R. E. Hauke in.

(Schluß aus Nr. 27.)

Aber weiter. Der deutsche Wald gibt uns auch den Nitrierzellstoff, aus dem der Sprengstoff gewonnen wird, der uns sowohl für die Werte des Friedens als auch für den Krieg unentbehrliche Dienste leistet. Auch den Rohstoff zur Gewinnung der Kunstseide und aller ähnlichen Erzeugnisse liefert uns der Wald. Ferner sei der Zellstoff zur Herstellung des Isolierpapiers und des Kabelpapiers und anderer technischer Papiere für die elektrische Industrie sowie für die Sackpapierfabrikation nicht vergessen. Doch all die Dinge hier aufzuzählen, die über den Weg der chemischen Verwertung und über den Weg des Zellstoffes und des Papiers dem deutschen Wald entstammen, müßte eine Sonderarbeit sein, die nur dem Zweck hat, wenn auch die eigenartigen Wege gezeigt werden, die das Holz zu gehen hat, bis es Fertigfabrikat wird. Dies aber würde weit über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausgehen. Nur auf eines soll hier noch hingewiesen

werden, auf die ungeheure Weltmacht Presse. Erst mit der Erfindung des billigen Holzschliffes in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und der dadurch möglichen Erzeugung billigen Zeitungspapiers beginnt ihr Aufstieg. Der Wald als Hauptlieferant ist also einer der Gründer dieser Macht.

Diese Macht mit ihren Folgen in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung ist weder darstellbar noch wägbare. Die Presse macht die Weltmeinung, sie heßt, sie verhöhnt, sie vernichtet genau so wie sie aufbaut, belobt und erhebt. All das mit den widerstreitendsten Dingen bedruckte Papier war einmal Wald, deutscher Wald und vielleicht war es deutsches Papier, auf dem sich jetzt eine wüste See gegen Deutschland austobt. Es ist aber auch deutsches Papier, auf dem die großen Gedanken unseres Führers der Nachwelt aufbewahrt werden, und es war auch ein Teil des deutschen Waldes, der über das Papier mit zu des Führers Sieg beigetragen hat.

Die Arbeiterin und ihr Verband

Das Verhältnis der deutschen Arbeiterin zu den früheren Gewerkschaften ist trotz aller gegenseitigen Versicherungen nie ein besonders gutes gewesen. In engerem Kreise wurde häufig über die Passivität und Interesselosigkeit der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder Klage geführt. Das erscheint sonderbar, wenn man bedenkt, ein wie großer Apparat zur Wahrung der Interessen der Arbeiterin in Bewegung gesetzt wurde. Die inländischen und internationalen Arbeiterinnen-Sekretariate, Kommissionen und Ausschüsse arbeiteten fieberhaft und verschlangen Unsummen.

Aber die Leistung entsprach nicht dem Aufwand. Es konnte auch wohl nicht anders sein, denn jeder Reformvorschlag stieß auf den Widerstand der im Schlepptau der SPD. befindlichen obersten Gewerkschaftsführung. Man hatte ja gar kein Interesse daran, daß es der Arbeiterin besser ging, denn man brauchte ihre Unzufriedenheit für politische Zwecke.

Unruhe mußte wach erhalten werden

Was sollte aus den Ruhnießern des Klassenkampfes werden, wenn man nicht immer wieder den Reiz der Besitzlosen aufstacheln und dem Arbeiter die zunehmende Verelendung seines Standes vor Augen halten konnte? Man sagt ihm ja nicht, daß seine Rechtslosigkeit und Ohnmacht nur auf die Unfähigkeit der Leute zurückzuführen war, die sich seine „Führer“ nannten. Eben weil diese Unruhe wach erhalten werden sollte, wurden alle Reformen verhindert und alle Einrichtungen der Unternehmer bekämpft, die dem Arbeiter eine Erleichterung gewähren konnten.

Daß unter diesen Umständen selbst die marxistisch eingestellte Arbeiterin nicht allzuviel von den Gewerkschaften wissen wollte, ist nur natürlich, denn für die gesunde, normal empfindende Frau ist der Klassenkampf etwas Widersinniges; sie will nicht zerschlagen, sondern pflegen und erhalten, und selbst die verhegteste Proletarierin versucht immer noch, ihre Familie zusammenzuhalten, auch wenn es ihr durch aufgezwungene Fabrikarbeit schwer genug gemacht wird.

Schaffung der Volksgemeinschaft

Die durch den 1. Mai eingeleitete Umstellung der Gewerkschaften hat die volkszerstörenden Tendenzen aus den Arbeiterverbänden hinausgesetzt. Die unterschiedene Wendung zur Volksgemeinschaft aller schaffenden deutschen Menschen gibt auch der Arbeiterin den Weg frei, mit ihren besonderen Fähigkeiten an der Schaffung eines neuen Arbeiteriums mitzuwirken. Wenn auch die Berufsarbeit der weiblichen Mitglieder der Arbeiterverbände im allgemeinen der ihrer männlichen Kameraden ähnlich oder sogar gleich ist, so soll die Betätigung der deutschen Arbeiterin in ihrer Berufsorganisation im Gegensatz zu früheren Zeiten in der Hauptsache sozialen und kulturellen Zielen gewidmet sein. Wird diese Aufgabe richtig angefaßt, so wird die bisherige Passivität der Frauen sich sehr schnell verlieren.

Anders liegt der Fall natürlich bei den Jungarbeiterinnen, deren kulturelle und vor allem hauswirtschaftliche Schulung eine dringende Notwendigkeit ist; gerade hier wird es aber nicht schwer sein, das Interesse für spezifisch weibliche Aufgaben zu wecken, da erfahrungsgemäß die Fabrikarbeit auf die Frau deprimierender und aufreibender wirkt als auf den Mann, wenn nicht durch andersgerichtete Betätigung in einem Teil der Freizeiten ein Gegengewicht geschaffen wird. Die heute vielfach übliche Erholung durch oberflächliche Vergnügungen ist weder der weiblichen Psyche noch der Volksgesundheit im allgemeinen zuträglich. Darüber hinaus wird aber nicht nur die Fortbildung, sondern auch die Pflege bereits erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten vernachlässigt.

Dr. Kasper, Rat für Frauenfragen.

Die Zeitschrift „Kampf“ Nummer 1 in der 1. Wohnbildungsfähig

Herausgeber: Paul Garpe, Leiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. — Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Robertz, Berlin. — Verantwortlich für Anzeigen: Max Hoff, Berlin. — Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Sonderangebot in leichtbeschädigten Fachwerken:

Die Geschichte des Deutschen Tischlerhandwerks vom 12. bis 20. Jahrhundert

Von Fritz Hellwag. 750 Seiten, 124 Abbildungen. In Ganzleinen gebunden Sonderpreis M. 7,—

Der junge Tischler

Seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen

Von M. Heidrich und H. Weber. 174 Seiten auf Kunstdruckpapier mit 137 Abbildungen. In Ganzleinen gebunden Sonderpreis M. 3,—

Die arbeitssparende Wohnung

Zweckmäßige Formen für Wohnung und Hausgerät, Architektur und Technik

Von Franz Denner. 93 Seiten Text, 130 Abbildungen. Kartoniert Sonderpreis M. 0,80

Handwerkliches Gestalten

Die technische und formschaffende Arbeit des Holzbildhauers

Von Prof. Friedrich Hüllweck. Mit 108 Abbildungen. In Ganzleinen gebunden .. Sonderpreis M. 2,—

Nützen Sie die Gelegenheit, sich auf solch vorteilhafte Weise in den Besitz von guten Fachwerken zu setzen, die trotz ihrer kleinen Mängel zur Zierde einer jeden Bibliothek gereichen. Da der Bestand gering ist, und nach Verkauf der fehlerhaften Werke der alte Preis wieder in Kraft tritt, empfehlen wir Ihnen heute schon zu bestellen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

GmbH. / Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2 / Postcheckkonto Berlin 28397

Guter Rat ist teuer!

Lesen Sie das

„Fachblatt für Holzarbeiter“

Ein Rat Schlag, der Sie nichts kostet und sich obendrein bezahlt macht.

Ein Abonnement bringt Gewinn!

Gratis

Preisliste „0“ sendet GUMMI-MEDIKUS Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8

WERKZEUGE!

Schlosser
Schmiede
Installateure
Tischler
Allgemeinbedarf
WESTFALIA WERKZEUG Co. KG HAGEN i. W. 104

Original-süddeutsche

Hobelbänke

52 Mark

2m untl. Blatt, Stahlspindel

Werkzeug-Neuheiten!

Preisliste gratis und franko

OTTO BERGMANN, Berlin-Lichterfelde-West.



Der Schlagler von 1933

Ist das Stricker-Chrom-Rad Eine ganz große Leistung. Sofort Katalog anfordern, kostet nichts! Spezial-Räder schon von Rm. 29,- an.

E. & P. Stricker

Fahrradfabrik

Brackwede-Bielefeld 184

Hobelbänke

50 RM.

2m lang, Stahlspindel, kompl. 1a Qualität, Blatt la gedämpft.

Rotbuche. Garantie. Werkzeug-Abbildung u. Preisliste gratis

Karl Ranzsch, Pirna, Kasernen